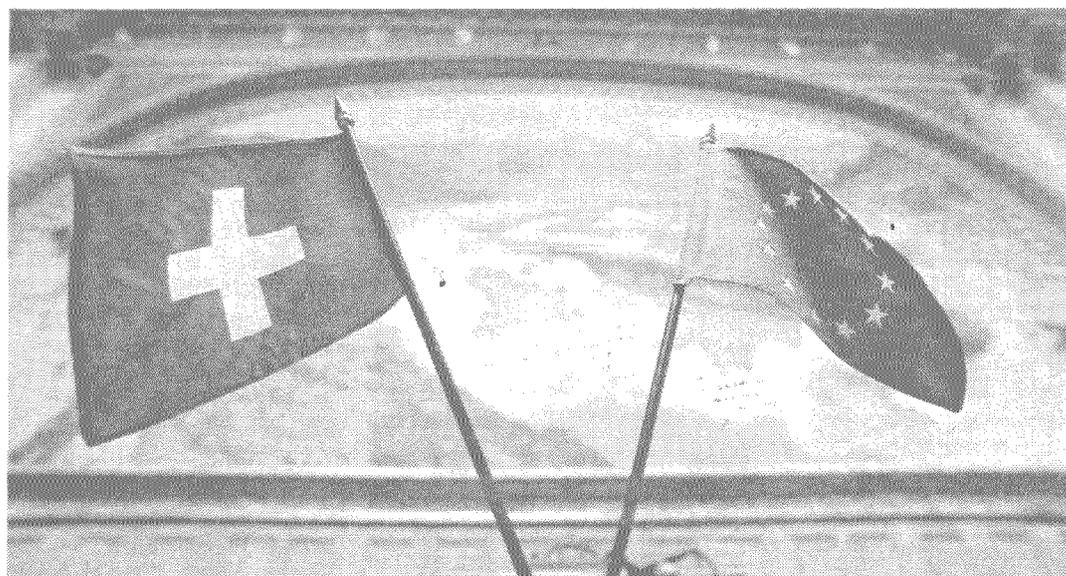


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofa Zeitschriften (Glattbrugg)

Eine Art Testabstimmung



Mit den Schlussabstimmungen am 9. Oktober 1992 verabschiedeten die eidgenössischen Räte den Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum zuhanden der Volksabstimmung.

(Photo Stahl)

Kein Tag vergeht mehr, ohne dass für (seltener gegen) den EWR-Vertrag Stellung genommen wird. Die breite Diskussion zeugt einerseits von der Bedeutung der Abstimmung vom 6. Dezember, andererseits ist sie auch Zeichen dafür, dass die Auseinandersetzung tief geht, die Information breiteste Bevölkerungskreise zu erfassen vermag. Ein interessantes Unterfangen wagte die FDP des Kantons Zürich.

AMK. Mit den Schlussabstimmungen am 9. Oktober 1992 verabschiedeten die eidgenössischen Räte den Bundesbeschluss über den Europäischen Wirtschaftsraum definitiv zuhanden der Volksabstimmung. Im Nationalrat lautete das Ergebnis 127 zu 61 Stimmen, bei einer Enthaltung, im Ständerat 39 zu 4 Stimmen.

Wie wird das Ergebnis der Volksabstimmung lauten? Eine Art Testabstimmung führte die FDP des Kantons Zürich durch. Die Partei braucht das Instrument der Urabstimmung öfters. So bestimmen bei Nationalratswahlen alle Parteimitglieder in einer Abstimmung über die Listenplätze der Kandidaten.

Wie lautet das Ergebnis dieses einmaligen Unterfangens? Mit 6041 Ja gegen 2884 Nein spricht sich die Basis der FDP des Kantons Zürich deutlich für das EWR-Abkommen aus! Dies entspricht einer Ja-Mehrheit von 67 Prozent gegen 33 Prozent. Bei einer Beteiligung von fünfzig Prozent der Parteimitglieder – sie übertrifft diejenige an den parteiinternen Vorwahlverfahren – kommt dieser Ja-Parole auch national gesehen grosses Gewicht zu. Zu hoffen ist, dass am 6. Dezember auch die Mehrheit der Stände Ja zum EWR sagt (die kantonalen Regierungen weisen in diese Richtung). □

FDP sagt JA zum EWR

AMK. An der ausserordentlich gut besuchten Versammlung am 17. Oktober 1992 in Bern sagten die Delegierten der schweizerischen FDP mit 231 Stimmen gegen 27 klar Ja zum EWR. Rund 400 Delegierte und Gäste waren nach Bern gekommen.

Für das Ja plädierte der Industrielle Thomas Schmidheiny. Der Berner FDP-Nationalrat Bonny erläuterte, warum er den EWR ablehnt. Zuvor hatte Bundesrat Villiger die innenpolitischen Aspekte des EWR-Vertrages aufgezeigt. Alt Nationalrat Felix Auer (FDP/BL) leitete darauf ein freisinniges Podiumsgespräch, bei dem Ständerätin Beerli (BE) und die Nationalräte Frey (NE) und Mühlemann (TG) den Pro-Standpunkt vertraten, die Nationalräte Bezzola (GR), Dettling (SZ) und Tschuppert (LU) den Contra-Standpunkt.

Nach einer ausgiebigen Plenumsdiskussion setzte Bundesrat Delamuraz vor der Parolenfassung einen prägnanten Schlussakzent.

Inhalt

- Zum EWR-Vertrag äussern sich in diesem «Freisinn» die FDP-Ständeräte ab Seite 5
- Ein Interview mit der Aargauer Regierungsratskandidatin Mörkofer finden Sie ab Seite 10
- Die Liberale Internationale ist Thema ab Seite 15

3. November 1992: George Bush, Bill Clinton oder Ross Perot?

Westeuropa hat derzeit genug eigene Probleme, so dass es einem egal sein könnte, wer der nächste amerikanische Präsident sein wird. Die Vereinigten Staaten sind aber nach dem Verschwinden der Sowjetunion von ihrer Funktion her der einzige Garant für den Erhalt einer liberalen, von Freiheit geprägten Ordnung auf der Welt. Auch der nächste neue oder alte Bewohner des Weissen Hauses in Washington bleibt von seiner Funktion her der «mächtigste» Mann der Welt.

Jacques Baumgartner

Es ist nach wie vor ungewiss, wie die Wahlen im November ausgehen werden. Aber es wird immer gewisser, dass die Amerikaner eine Wende und einen Wandel wollen. Im Grunde wird ein Wertewandel verlangt.

George Bush, der amtierende Präsident und der Kandidat der Republikanischen Partei, ist ins Zwielicht geraten. Er gehört der «alten», der vor dem Zweiten Weltkrieg geborenen Generation an. Diese möchte bewahren. Gewiss, vieles ist bewahrenswert. Aber die Welt hat sich in den vergangenen zehn Jahren «mächtig» verändert. Beharren auf dem Alten bringt Enttäuschungen.

«America on the rocks»

Pessimismus geht in den Vereinigten Staaten um. Den Amerikanern beginnt zu dämmern, dass das «amerikanische Zeitalter» offenbar zu Ende geht. Die Vereinigten Staaten sind nicht mehr «das schönste, beste, reichste und fortschrittlichste Land auf Erden».

Das allgemein vorherrschende Gefühl ist Unsicherheit und Unzufriedenheit. Und will man Meinungsumfragen glauben, verachtet der Durchschnittsamerikaner die Politiker («Schosshunde und Lakaien») samt und sonders. Die Wahlen sollen eine Wende bringen.

Von Veränderungen und Wende begann Bush erst zu sprechen, als er in den Meinungsumfragen deutlich hinter Bill Clinton zurückfiel. Er habe sich, so befand unlängst «U. S.

News & World Report», zum «Erziehungs-, zum Umweltschutz-, zum Gesundheits- und zum Wirtschafts-Präsidenten» gewandelt. «Nichts als leere Worte», ein Bush-Cocktail «America on the rocks». Bush sei nicht die Lösung. Er sei Teil des Problems, kommentierte das sonst der Regierung, vorab den Republikanern, wohlgesinnte Nachrichtenmagazin.

Übel wird Bush von vielen Amerikanern unter anderem genommen, dass er sein Wahlversprechen, die Steuern nicht zu erhöhen, nicht gehalten hat («read my lips: no new taxes»). Darin dürfte aber lediglich ein allgemeines Gefühl zum Ausdruck kommen, das auch auf Westeuropa übertragen werden kann. Man hat genug von Politikern, die gemachte Versprechen im nachhinein nicht halten können. Die Wähler werden Bush zur Rechenschaft ziehen beziehungsweise «quittieren».

Nostalgie und Neuzeit

Es ist mehr als bloss Nostalgie, wenn sich in diesem Wahljahr die Amerikaner eines John F. Kennedy erinnern und ein Film über seine Ermordung (22. November 1963) eine Verschwörung suggeriert. Die Amerikaner erinnern sich 1992 auch an Franklin D. Roosevelt.

Eigen ist diesen beiden ehemaligen demokratischen Präsidenten, dass sie das Volk in bedrohlichen Zeiten begeistern und diesem Mut einzuflößen vermochten. John F. Kennedy und Franklin D. Roosevelt hatten eine «Vision».

Bill Clinton und sein «Vize» Albert Gore vermitteln allein schon deswegen Dynamik,

weil sie Bush herausfordern. Durch ihre «Jugendlichkeit» deuten sie an, dass die Zeit reif für einen Wechsel, reif für eine «Neuzeit» ist. Sollte Clinton gewählt werden, wieder ein Demokrat nach zwölf Jahren ins Weisse Haus einziehen, so wird auch er (vorerst) die Amerikaner nicht zum Festmahle einladen können. Die Vereinigten Staaten sind das am höchsten verschuldete Land auf Erden, das Haushaltsdefizit übersteigt derzeit 350 Milliarden Dollar, und die Wirtschaftserholung, die sich Bush derart noch vor den Wahlen herbeiwünschte, kommt nur langsam und bescheiden voran.

Es drängt sich – was nicht nur für die Amerikaner, sondern auch für die Westeuropäer von Bedeutung ist – die Frage auf, wer die amerikanische wirtschaftliche Gesundung finanzieren soll... und kann? In Frage kämen die Japaner und die Deutschen. Aber die japanische «Kredit-Kuh» versiegt, musste doch die Regierung in Tokio unlängst selbst 86 Milliarden Dollar zur Belebung in die Wirtschaft pumpen. Und die Rechnung für die Wiedervereinigung kommt die Deutschen weitaus höher zu stehen, als die Regierung in Bonn bis anhin ihren Bürgern zu sagen wagte.

Ein Präsident Clinton wird nicht umhinkönnen, den Amerikanern Opfer abzuverlangen, um die Vereinigten Staaten aus der Rezession zu führen (oder ist es am Ende, was auch für Westeuropa gilt, doch eine Depression!).

Perot, Phänomen oder Phantom?

In gewissem Sinne ist auch Ross Perot, der dollarschwere

Milliardär und unabhängige Kandidat, ein «Zeitzeichen». Zuerst stieg er ins Rennen, um am 16. Juli aus diesem «auszusteigen», um dann nochmals anzutreten.

Das «Phänomen Perot» hat kein Hehl daraus gemacht, dass er die Präsidentschaft für das amerikanische Volk kaufen möchte. Sein An-, Ab- und Wiederantreten wird ihm von den meisten Amerikanern übelgenommen; Mitte Oktober sprachen sich in Meinungsumfragen lediglich sieben Prozent für Perot aus.

Denkbar ist, dass letztlich eine Patt-Situation entsteht. Diese «provozierte» Perot. Wenn die Amerikaner am 3. November zu den Urnen gehen, wählen sie zwar einen Präsidentschaftskandidaten, in Wirklichkeit geben sie ihre Stimme für eine Liste von Wahlmännern ab.

Am 14. Dezember, an der Versammlung des «Electoral College», küren diese den Präsidenten beziehungsweise bekräftigen sie die Wahl des Volkes in ihren jeweiligen Bundesstaaten.

Die Wahlzettel der Wahlmänner werden in einer gemeinsamen Sitzung von Repräsentantenhaus und Senat am 6. Januar 1993 ausgezählt.

Kandidaten für das Präsidents- und Vizepräsidentsnamt, welche mindestens 270 der 538 Wahlmännerstimmen erhalten, werden als offiziell gewählt erklärt. Perot könnte in genügend Bundesstaaten die Wahl gewinnen, um die Mehrheit von Clinton oder Bush im Wahlmännergremium zu verhindern.

In einem solchen Fall sieht die Verfassung vor, dass das Repräsentantenhaus den Präsidenten und der Senat den Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten wählt. Das Repräsentantenhaus wählt unter den (drei) Kandidaten denjenigen, der die meisten Wahlmännerstimmen auf sich vereinigt.

Ein solches Verfahren ist seit 1824 nicht mehr angewandt worden, könnte aber erneut eintreten. □

JBS-Präsident Andreas Gadmer möchte am liebsten fliegen wie ein Vogel

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die Fähigkeit des Menschen, zu denken und danach (richtig) zu handeln.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Die Überbevölkerung der Welt und das Nord-Süd-Gefälle im wirtschaftlichen Sinn.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Zu den wichtigsten gehören: das Rad, der Transistor und die Waschmaschine. Die entbehrlichste: der Videocassetenrecorder.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Ich liebe die Berge und schätze den Wohlstand der breiten Massen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Die Selbstzufriedenheit vieler Jungen und dass es in Glattbrugg wohl einen Videoverleih, aber keine Buchhandlung gibt.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich»?

Im Prinzip nein. Dies gilt vielleicht in einer Diktatur, aber nicht in einer Demokratie.

Warum sind Sie bei der FDP?

Ich bekenne mich zum Liberalismus und zur sozialen Marktwirtschaft. Zudem glaube ich, dass man Farbe bekennen und Mitglied einer Partei sein muss.



JBS-Präsident Andreas Gadmer: Zugfahrer, Velofahrer, Fussgänger. (Photo nik)

Kurzbiographie

Andreas Gadmer

Zur Person: Aufgewachsen bin ich in Davos. Während der Mittelschulzeit weilte ich ein Jahr in den USA. Nach dem Studium in Zürich wohne und arbeite ich nun in Glattbrugg ZH. Ledig.

Alter: 27

Berufliche Stationen: Matura Typus C in Davos und anschliessend Studium an der ETH Zürich. Nach dem Diplom als Mathematiker arbeite ich jetzt seit bald anderthalb Jahren bei der «Zürich» Versicherungs-Gesellschaft.

Politischer Werdegang:

Der Einstieg erfolgte als Studentenpolitiker für den Verband der Studierenden an der ETH. Seit 1987 bin ich Mitglied der Jungfreisinnigen Graubünden, und seit Januar 1988 politisiere ich im Zentralvorstand der Jungliberalen Bewegung der Schweiz (JBS). Im Oktober 1990 wurde ich zum Präsidenten der JBS gewählt.

Liebste Tätigkeiten: Skifahren, Reisen, Computer, Photographie. □

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Vaclav Havel. Vom Gefängnis bis zum Hradschin – keiner politisiert ehrlicher als er.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch Sachlichkeit und Aufrichtigkeit. Auch dadurch, dass er sich selbst einen Fehler eingesteht.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Bis zur Gleichberechtigung war und ist es ein weiter Weg, nicht nur in unserem Kulturkreis.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Mir fehlt manchmal die Entschlussfreudigkeit. Die Stärke ist wohl die analytische Denkweise.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

«Schuld und Sühne» von F. M. Dostojewski. Ich habe die russische Literatur (und Kultur) entdeckt.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Meinen Arbeitsweg lege ich zu Fuss oder mit dem Velo zurück. Bald kann man wieder skifahren...

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Fliegen wie ein Vogel.

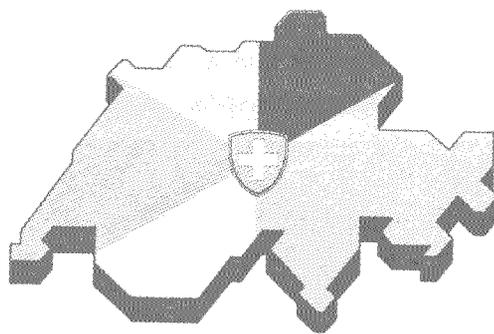
Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Stephan Schmidheiny, um über den «Kurswechsel» zu diskutieren. □

Sozialversicherung der Schweiz

Assurances sociales en Suisse

1992



Eidgenössisches Departement des Innern
Département fédéral de l'intérieur

Bundesamt für Sozialversicherung
Office fédéral des assurances sociales

schaftlichen Entwicklung angepasst; massgebend dafür war jeweils die Preis- und Lohnentwicklung.

Varia

In der ersten Tabelle wird die Wohnbevölkerung in der Schweiz in Zehnjahresabschnitten von 1960 bis 1990 aufgelistet.

Die zweite Tabelle gibt Auskunft über die Anzahl der Beitragspflichtigen und Rentenbezüger der AHV/IV, die Rentensummen, die monatlichen Durchschnittsrenten, das durchschnittliche Jahreseinkommen der AHV sowie über die Zahl der EL-Bezüger. Angaben zum Bruttosozialprodukt und zum Preisindex ergänzen diese Übersicht.

Der Faltprospekt «Sozialversicherung der Schweiz 92» ist zweisprachig (d/f) und kann unter der Bestellnummer 318 001.92 df gratis bei der Eidg. Drucksachen- und Materialzentrale, 3000 Bern, bezogen werden.

PD

Auf einen Blick

Das Bundesamt für Sozialversicherung (BSV) veröffentlicht jedes Jahr – in Form eines Faltprospektes – die neusten Zahlen zu den Sozialversicherungen.

Betriebsrechnungen und Beitragsansätze

Einerseits werden tabellenartig die Ausgaben und Einnahmen der einzelnen Sozialversicherungszweige bis 1990/91 (BV bis 1989) dargestellt, und andererseits informiert der Faltprospekt über die aktuellen Beitragsansätze verschiedener Sozialwerke.

Soziale Wohlfahrt und Bundeshaushalt

In Form einer leichtverständlichen Kuchengraphik beantwortet der Prospekt die Frage nach dem Ausmass der Aufwendungen für die soziale Wohlfahrt im Bundesbudget. Für die soziale Wohlfahrt – das anteilmässig stärkste Aufgabengebiet – wurden 1991 rund 23% (8090 Mio. Fr.) der Gesamtausgaben von Fr. 35 501 Mio. Fr. des Bundes verwendet.

Monatliche AHV/IV-Renten

Die Höhe der monatlichen AHV/IV Renten werden in einer graphischen Übersicht gemäss den massgebenden durchschnittlichen Jahreseinkommen für das Jahr 1992 aufgelistet.

Jährliche Altersrenten

Ein Zahlenspiegel gewährt zudem Einblick in die jährlichen Altersrenten seit 1982; somit

kann die Entwicklung der jährlichen Altersrenten in den früheren Jahren bis zum heutigen Zeitpunkt mitverfolgt werden. Die Renten wurden der wirt-

Neue Energiebroschüre

Mit den vielen Zahlen und verschiedenen Einheiten ist die Energiewelt für manche nur schwer verständlich. Zur Verbesserung der Information über die Zusammenhänge hat der Verband schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) zusammen mit der Ofel Office d'électricité de la Suisse romande eine neue handliche Broschüre mit den wichtigsten Daten der Schweizer Energiewirtschaft veröffentlicht. Darin

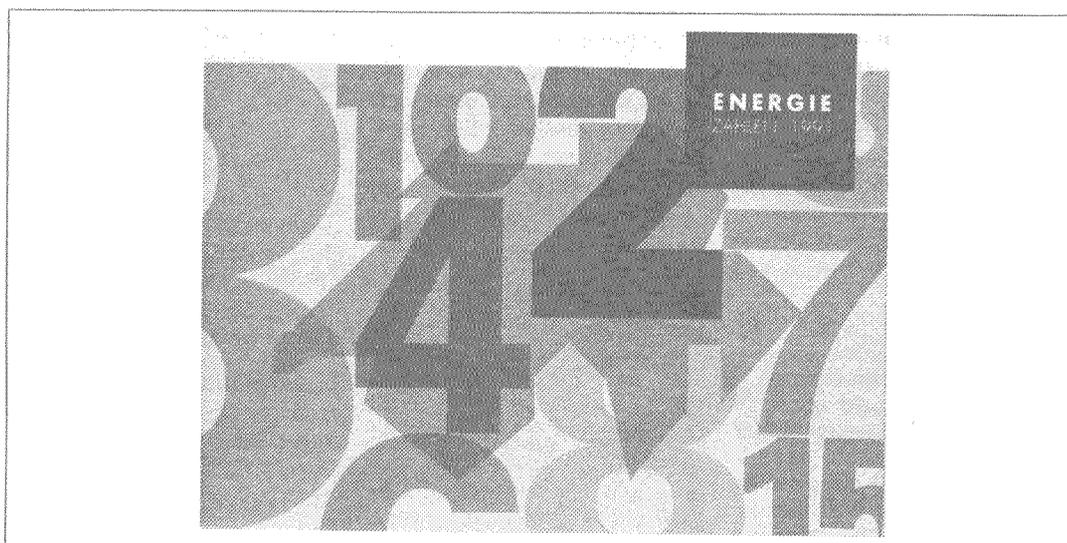
sind auch allgemeine Erklärungen zu Energie- und Stromthemen von breitem Interesse enthalten.

Wer also z. B. wissen will, wieviel Öl, Strom oder Gas im letzten Jahr gebraucht wurden oder wie gross der Anteil der verschiedenen Kraftwerktypen an der Stromproduktion ist, kommt mit der übersichtlichen Broschüre schnell zum Ziel. Praktisch sind auch verschiedene Graphiken. Vergleiche

und Beispiele von Energieanwendungen.

Die farbige Broschüre «Energie» im Postkartenformat hat 36 Seiten. Einzelexemplare können bei den Elektrizitätswerken, beim VSE (Postfach 6140, 8023 Zürich) oder bei der Ofel Office d'électricité de la Suisse romande (Case 307, 1000 Lausanne 9) kostenlos bezogen werden (Sprachen: Deutsch, Französisch, Italienisch).

VSE





Mit 39 zu 4 Stimmen
sagte der Ständerat Ja
zum EWR.

(Photo Stahl)

In der Herbstsession haben die eidgenössischen Räte den EWR-Vertrag und die damit verbundenen Anpassungen des schweizerischen Rechts an europäisches Recht (Eurolex) beraten und verabschiedet. Beide Kammern sagen klar Ja zum EWR. Damit ist der Weg offen für die Abstimmung am 6. Dezember 1992. Im Ständerat äusserten sich praktisch alle Mitglieder der starken freisinnigen Fraktion. In ihren Voten eröffnet sich ein breites Spektrum an Überlegungen. Der «Freisinn» veröffentlicht daher die interessantesten Passagen.

Nach innen geschlossen, nach aussen offen: FDP-Ständeräte zum EWR

Die institutionelle Frage als Schwelle



Riccardo Jagmetti

Die Zustimmung zum EWR-Abkommen ist mir unter einem wesentlichen Aspekt nicht leichtgefallen, nämlich bei den Institutionen. Lassen Sie mich dazu einen unverdächtigen Zeugen zitieren, nämlich die Kommission der französischen Assemblée nationale, die in ihrem Schlussbericht zum EWR-Abkommen festhält:

«L'analyse politique de l'accord créant l'EEE est ainsi plus contrastée que le jugement porté sur ses conséquences économiques et financières. On ne peut dénier sa nature

déséquilibrée en faveur de la Communauté. Si l'on ne doit pas pour autant parler, comme un quotidien helvétique, de «vassalisation», on peut en revanche regretter que l'occasion n'ait pas été saisie pour poser les jalons d'un partenariat réel entre la Communauté et les pays de l'AELE.»

Wir empfinden das heute nicht so sehr, weil wir jetzt über den Beitritt zum EWR aus eigener Beurteilung entscheiden und uns im Eurolex-Verfahren die Tragweite unserer Beschlüsse voll vergegenwärtigen können. Problematisch ist für uns die Weiterentwicklung des Acquis communautaire, wo wir konsultiert werden und mitsprechen, aber nicht mitbestimmen können. Das stimmt mich vor einem Jahr sehr skeptisch. Die endgültige Fassung des Abkommens gibt uns aber doch Beteiligungsmöglichkeiten, so dass wir uns nicht unterordnen. Dazu drängen sich drei Feststellungen auf:

- Die Erweiterung des Abkommens selbst setzt unsere Zustimmung voraus, über die wir frei und demokratisch entscheiden könnten, wenn die Frage aktuell werden sollte.

- Der Geltung neuer Verordnungen und Richtlinien der EG in unserem Land könnten wir uns widersetzen, wobei wir darüber wie bei der Genehmigung eines Staatsvertrages entscheiden würden. Das «opting out» würde den entsprechenden Sachbereich erfassen und hätte auch für die andern EFTA-Staaten Wirkung. Faktisch würde ein solcher Schritt allerdings zu neuen Verhandlungen führen.

- Wir schränken die politischen Rechte nicht anders ein als bei andern Staatsverträgen. Unser Land ist an die eingegangenen Verpflichtungen hier wie in den andern Fällen gebunden. Das Besondere am EWR-Vertrag ist, dass er ein breites Feld erfasst. □

EWR und Landwirtschaft



Christine Beerli

Die Landwirtschaft ist vom EWR direkt nur ganz am Rande betroffen (z. B. Verbilligung der eingeführten Landmaschinen, der Ersatzteile, von Dünger und Saatgut). Indirekt jedoch hat die Landwirtschaft als Wirtschaftszweig, der in erheblichem Ausmass auf Leistungen aus der Bundeskasse angewiesen ist, ein vitales Interesse daran, dass es der schweizerischen Wirtschaft insgesamt gutgeht.

Für die Landwirtschaft sind daher die folgenden Fragen wichtig:

Fortsetzung auf Seite 6

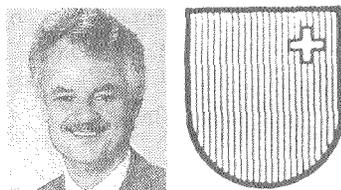
- Wie wird der Marktzutritt für unsere Exportwirtschaft verbessert?
- Wie kann intern die Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden?
- Wie wird dies alles ohne spezielles Bauernopfer erreicht?

Die überzeugende Antwort ist: mit dem Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum!

- Er bringt einen diskriminierungsfreien Marktzutritt zum Binnenmarkt;
- er bewirkt interne Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft und
- er klammert die Agrarpolitik im wesentlichen aus und kann deshalb als massgeschneiderte Lösung für die Landwirtschaft in der europäischen Integration bezeichnet werden. Der EWR bewahrt die Bauern nicht vor eigenen Anstrengungen, aber er ist das einzige im Moment greifbare Instrument, mit dem nicht einseitig Opfer der Bauern programmiert werden.

Schaffen wir uns daher Freiraum und Entwicklungsperspektiven durch den EWR und sorgen wir dafür, dass er zu einer längerfristigen Institution wird! □

Öffnung nach aussen



● Hans Bisig

Wir behaupten die Stellung unseres Landes weder politisch noch wirtschaftlich, wenn wir uns auf überholte, oft auch missbrauchte Aspekte des schweizerischen Sonderfalls versteifen. Unsere Stärke liegt, lag immer darin, dass wir nach innen geschlossen und nach aussen offen waren. Diese Öffnung nach aussen, die Anpassung an europäisch und weltweit akzeptierte Regelungen ist jetzt gefragt.

Das EWR-Abkommen ist für mich ein Vertragswerk von hoher ideeller Grundhaltung. Auch wenn seine praktische

Umsetzung da und dort zwangsläufig Zugeständnisse abverlangt, darf das eigentliche Ziel, der Beitrag zur Erreichung eines auf Frieden, Demokratie und Menschenrechte gegründeten Europas, nicht vergessen werden. Einer privilegierten Beziehung zwischen den europäischen Staaten wollen und können wir uns nicht entziehen.

Es gilt, dieses hochgesteckte Ziel im Auge zu behalten, nicht unrealistische Sonderinteressen. Bei dieser Zielsetzung kann von einem Identitäts- und Freiheitsverlust keine Rede sein. Eine zivilisierte Gesellschaft baut auf Verhaltensregeln auf, die an der Landesgrenze nicht haltmachen können. Echte Freiheitsliebe kann vor der Freiheit der anderen nicht haltmachen. Ängstliches Bewahren von Protektionismus und Sonderrechten macht letztlich unfrei. Ein EWR-Nein wäre zwar kein Weltuntergang, wir müssten aber zweifellos lernen, auf kleinerem Feuer zu kochen. Ich ziehe den Wettbewerb und die damit verbundene Bereitschaft zur Leistung vor und stimme dem EWR-Abkommen mit Überzeugung zu. □

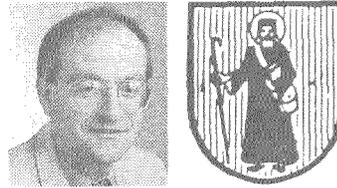
Den EWR-Zug nicht verpassen

Es stellt sich die Frage nach den Alternativen zum EWR-Abkommen. Es gibt deren zwei: Es gibt den EG-Beitritt oder den Alleingang. Ein EG-Beitritt steht heute nicht zur Diskussion; es bleibt somit nur der Alleingang.

Trotz anderweitigen Beteuerungen ist vielen Gegnern bei diesem Alleingang nicht ganz geheuer. Dennoch ist es ihnen bis heute geradezu meisterhaft gelungen, sich darum herumzudrücken, klare Alternativen zum EWR-Vertrag aufzuzeigen. «Deregulierung» heisst eines ihrer Zauberworte, als ob durch interne Veränderungen der Zugang zu internationalen Märkten erzwungen werden könnte.

Auch das zweite Zauberwort der Gegner – die bilateralen Abkommen mit der EG – hilft uns nicht weiter. Glaubt man im Ernst, in zweiseitigen Verhandlungen seien von der EG bessere Ergebnisse zu erreichen als im EFTA-Verbund? Wie müssten sich diesfalls die übrigen EFTA-Staaten vorkom-

men, die sich mit dem EWR-Vertrag begnügen? Es kann doch nicht erwartet werden, die EG warte nur darauf, dass die Schweiz zum EWR-Vertrag Nein sage, um ihr dann in neuen zweiseitigen Verhand-



● Fritz Schiesser

lungen neben dem Weggli auch noch den Fünfziger und die Bäckerstochter nachzuwerfen.

Wir müssen klipp und klar erkennen, dass die Alternative zum EWR Alleingang auf heutiger Basis und nicht Alleingang mit irgendwelchen zusätzlichen bilateralen Abkommen heisst. Der Alleingang auf heutiger Basis stellt aber einen Preis dar, den zu zahlen wir auf die Länge nicht gewillt sind. Wir sollten deshalb den EWR-Vertrag nicht abfahren lassen, auch wenn wir in diesem Zug allenfalls nur im Zweitklasswagen sitzen. Ein späteres Zustiegen wäre ausgeschlossen. □

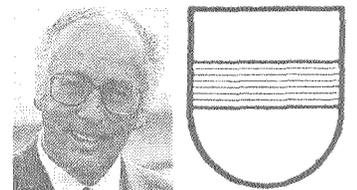
Trotz Skepsis Ja

Auch wenn es sich beim EWR schwergewichtig um einen Wirtschaftsvertrag handelt, so sollte ihm ein subtiles, europäisches Ideen-Profil nicht fehlen. Die Beschwörung des Liberalismus, der laute Ruf nach Deregulierung und nach erhöhter Mobilität entspricht nicht dem gewachsenen Europa. Es fehlt die echte liberale Idee. Sie wird vom Wallstreet-Liberalismus verdrängt. Er begünstigt Grossunternehmen, wirtschaftliche Königreiche und die privilegierte Schicht. Dieser Trend ins Grosse ist gefährlich und schafft neue Formen der Abhängigkeit. Wo das Prinzip der beherrschbaren Grösse verletzt ist, gibt es keine liberale Demokratie. Die liberale Idee ruft nach Beschränkung, Machtteilung, Autonomie der kleinen Gemeinschaften, nicht nach Imperien und Superorganisationen. Hier wird der industriellen Gesellschaft eine Chance gegeben, das politische Verhalten zu bestimmen. Niemand weiss, wohin das

führen wird. Die Skepsis dem EWR und der EG gegenüber ist darum verständlich.

Wenn ich trotz Befürchtungen und Skepsis für den EWR-Vertrag einstehe, dann u. a. aus folgenden Gründen:

- Ein in Zukunft friedliches Europa muss, wie Karl Schmid sagt, auf wirtschaftlichem, technischem und wissenschaftlichem Gebiet zu Leistungen fähig sein, die denjenigen der USA und Japans entsprechen. Wir können uns ein Europa der inneren Rivalitäten nicht mehr leisten. Die Kriege haben zuviel Kraft und Substanz verzehrt. Darum ist ein nach gleichen Spielregeln organisierter Handelsraum Europa dienlich, die technische und wirtschaftliche Kraft Euro-



● Andreas Iten

pas zu stärken und weltweit konkurrenzfähig zu machen. Davon profitiert in hohem Mass auch die Schweiz.

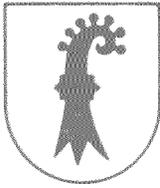
- Ich bin überzeugt, dass Europa dank der Vielfältigkeit der Nationen und Sprachgemeinschaften seine schöpferische Kraft bewahren wird. Es wird die liberale, soziale und ökologische Idee nicht aus dem Bewusstsein verdrängen. Es werden sich gegenläufig zur befürchteten Brüsseler Überbürokratisierung kommunale und regionale Kräfte entwickeln, die Europa und die Schweiz stärken.

- Wir brauchen in uns selbst und in unserem Volk jene Polarität, die man mit Bewahrung und Öffnung umschreiben könnte. Ohne diese innere Zwietracht stellen sich Stagnation und Rückschritt ein. Bewahrung und Öffnung gehören zur Identität der Schweiz. Die Schweiz gibt sich nicht auf, wenn sie sich Europa gegenüber öffnet. Im Grunde stärkt Europa das Bewusstsein, dass die Schweiz nur als Nation einen Wert darstellt. Sieben Millionen Menschen mehr machen ihn für die europäische Staatengemeinschaft nicht aus.

- Das Kooperationsmodell, das dem EWR zugrunde liegt,

gibt der Schweiz neue Impulse. So ist sie gleichberechtigter Partner bei Bildungs- und Forschungsvorhaben. Die kleinen sind auf die Erfahrungen der grösseren Länder angewiesen. Es öffnet sich die Chance, sie zu nutzen und dadurch bereichert zu werden. □

Mitwirken, um wirken zu können



René Rhinow

Mit dem Beitritt zum EWR verlieren wir ein Stück Autonomie. Dies soll und kann nicht bestritten werden. Ich möchte aber auf Aspekte hinweisen, welche den Autonomieverlust in einem weniger grellen Licht erscheinen lassen.

Wenn wir Probleme auf überstaatlicher Ebene lösen wollen oder müssen, wenn wir zu diesem Zweck Staatsverträge abschliessen, dann sind wir für die Dauer der Geltung dieser Verträge an diese gebunden. Das ist beim EWR so, das ist aber bereits heute in grossem Umfang der Fall.

Die Aussage, Souveränität habe man oder eben nicht, stimmt in dieser Schlichtheit nicht! Wenn sie stimmen würde, wären wir schon lange nicht mehr souverän. Wussten Sie etwa, dass in unserer Sammlung des Bundesrechts der Umfang des Völkerrechts bereits grösser ist als derjenige unserer eigenen Gesetze und Verordnungen? In allen diesen Fällen des Staatsvertragsrechts haben wir aber bei der Vertragsschliessung mitgewirkt, haben wir den Verträgen zugestimmt. Dies ist auch beim EWR-Abkommen der Fall, heute und bei späteren Vertragsänderungen.

Autonom ist immer mehr nur noch, wer – zusammen mit anderen – auf die Verhältnisse des Umfeldes Einfluss zu nehmen vermag. Wer in seinem Schneckenhaus sitzenbleibt, wird sich zunehmend mit einer irreversiblen Einengung seines effektiven Handlungsspielraums konfrontiert sehen.

Diese Entwicklung fordert von uns ein epochales Umden-

ken. Mitwirken, um überhaupt noch wirken zu können, wird eine neue Losung unserer Aussenpolitik sein müssen. □

Bildungs- und Forschungspolitik

Der EWR-Vertrag hat einen politischen und einen wirtschaftlichen Teil. Das Schwerkgewicht des Vertrages liegt meines Erachtens auf der wirtschaftlichen Seite, dies im Gegensatz zu einem allfälligen EG-Beitritt, in welchem insbesondere mit Blick auf die zukünftige Entwicklung das politische Moment im Vordergrund steht.

Es ist deshalb gerechtfertigt, die Notwendigkeit des Abschlusses des EWR-Vertrages vorerst einmal von der wirtschaftlichen Seite her zu be-



Ernst Rüesch

trachten. Dabei geht es weniger um eine Betrachtung des Vertrages in bezug auf die heutige Rezession, als vielmehr um eine Würdigung des Vertrages mit Blick auf unsere wirtschaftlichen Grundbedingungen.

Welches sind sie? Im Rahmen des Humankapitals gehören wir immer noch zur Spitze auf dieser Welt. Die Arbeitsmoral ist bei uns im internationalen Vergleich sehr gut. Unsere Berufsbildung genießt international immer noch ein hohes Ansehen. Doch ruhen wir uns auf dem Bildungssektor bitte nicht auf den Lorbeeren aus.

Die anderen Nationen haben aufgeholt, und ohne Anstrengungen – vor allem im Weiterbildungssektor – werden sie uns eines Tages überholen. Sie werden uns ziemlich bald überholen, wenn wir die Bildungs- und Forschungspolitik nicht international öffnen. Der EWR-Vertrag mit seinen flankierenden und horizontalen Leitpolitiken bietet uns diese Möglichkeit der Öffnung in der zentralen Forschungs- und Bildungspolitik in die Welt. □

Interessante Perspektive



Kurt Schüle

Die Idee eines Europäischen Wirtschaftsraums ist für unsere traditionell offene, international ausgerichtete Schweiz eine höchst interessante Perspektive. Unserem kleinen Land mit seiner grossen Auslandsabhängigkeit – vor allem im wirtschaftlichen Bereich – öffnen sich damit die Grenzen nicht nur für die industriellen und gewerblichen Produkte. Für diese ist der Freihandel bereits 1972 – und zwar ohne grosse innenpolitische Diskussion – eingeführt worden. Die Grenzen öffnen sich auch für die immer wichtiger werdenden Dienstleistungen. Wir sind ja längst keine Industrienation mehr, sondern zur Dienstleistungswirtschaft geworden. Hinzu kommt im EWR die Freizügigkeit für Kapital und für Personen, allerdings nicht unbedenken, sondern gebunden an die Voraussetzung eines Arbeitsvertrages.

Das EWR-Abkommen, dieses Kooperationsmodell mit einer nicht nur wirtschaftlichen Dimension, ist das Resultat äusserst zäher Verhandlungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Ländern der EFTA. Das Abkommen ist in seinem Gehalt und in seinen Auswirkungen für unser Land positiv zu werten. Die Schweiz kann zu den gleichen Bedingungen am entstehenden Binnenmarkt teilhaben wie die EG-Staaten selbst. Die Schweiz kann auch an den wichtigen Programmen teilnehmen, etwa in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung.

Der Preis dafür ist die Angleichung unseres Rechtssystems im Sinne der Harmonisierung, aber im Rahmen freier, nicht interventionistischer, nicht protektionistischer Regelungen, zugegeben, manchmal in sehr, sehr detaillierter Form, wie es aber uns Schweizer Perfektionisten auch nicht eben fremd ist... □

Auswirkungen auf die Gemeinden

Die Gemeinden und Städte unseres Landes werden die Auswirkungen des EWR zu spüren bekommen. Ich möchte in vier Bereichen Beispiele nennen:

Im Bereich der Freizügigkeit im Personenverkehr wird die Liberalisierung der Arbeitsmärkte auch im Gebiet des öffentlichen Personals Auswir-



Willy Loretan

kungen haben. Schon während der Übergangsfrist werden vermehrt Jahresaufenthaltsbewilligungen für EWR-Bürger anstelle von Saisonverhältnissen erteilt werden, mit dem entsprechenden Familiennachzug. Es werden mehr ausländische Schüler unsere Schulhäuser bevölkern, dies erst recht nach Ablauf der Übergangsfrist. Das heisst höhere Kosten im Schulwesen. Analoges muss man für die öffentliche Fürsorge auf Stufe Gemeinde festhalten.

Änderungen werden sich bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Bausektor und bei den öffentlichen Beschaffungen ergeben. Mit der Abschottung von kommunalen und regionalen Vergabeoasen dürfte es vorbei sein. Diese Aussichten verursachen beim Klein- und Mittelgewerbe da und dort Bauchschmerzen. Es wird viel Geschick der Gemeindebehörden brauchen, die Wogen zu glätten. Aber verstärkter Wettbewerb wird mit der Zeit die kommunalen Haushalte eher entlasten als umgekehrt.

Liberalisierung des Bodenmarktes kann zum Beispiel in Fremdenverkehrsstationen zumindest anfänglich den Baudruck erhöhen. Die Übergangsfrist erlaubt es den Gemeinden indessen, in ihrer Ortsplanung und in ihren Baupolizeuregelungen Barrieren dagegen aufzurichten.

Bei den Steuern stellt sich die Frage, ob mittelfristig auch

Fortsetzung auf Seite 8

Fortsetzung von Seite 7

die Kommunen bessere Steuereingänge haben werden. Ich glaube nicht so ganz daran; die Steuereingänge werden kaum so steigen, dass die aufgezeigten Mehrbelastungen überkompensiert werden.

Die Kommunalverbände, die Städte und Gemeinden werden dennoch nicht in der Ablehnungsfront gegen den EWR zu finden sein. Sie werden bei einer nüchternen Vorteils- und Nachteilsabwägung zum selben Resultat wie die Kantone kommen, dass nämlich mutmassliche wirtschaftliche Vorteile allfällige politische Nachteile überwiegen. Denn der Föderalismus und die Gemeindeautonomie werden nicht im Mark getroffen. □

Ja aus sicherheitspolitischen Gründen



○ Otto Schoch

Das EWR-Vertragswerk hat direkt mit der Sicherheitspolitik unseres Landes nichts zu tun. Indirekt besteht aber ein sogar recht enger Sachzusammenhang zwischen dem EWR und unserer Sicherheitspolitik.

Es ist meine feste Überzeugung, dass es sich die Schweiz in Zukunft nicht mehr leisten können, ihre sicherheitspolitischen Bedürfnisse völlig autonom, vollständig allein und nur gerade auf sich gestellt abzudecken. Eigentlich könnte sie das heute schon nicht mehr. Unser Land wird gezwungen sein, sich sicherheitspolitisch in naher Zukunft schon auf Europa auszurichten, sich in bestehende oder neu zu begründende sicherheitspolitische Strukturen in Europa einzugliedern. Sie wird diesem Zwang aus verschiedenen Gründen nachgeben müssen, aus rüstungstechnischen, aus finanziellen und anderen Überlegungen.

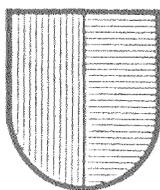
Es ist selbstverständlich, dass der Zugang zu europäischen sicherheitspolitischen Strukturen auch davon beeinflusst wird, wie wir zum EWR

Stellung nehmen. Wenn wir jetzt zum EWR Nein sagen, wenden wir uns von Europa so entscheidend ab, dass es eine pure Illusion wäre, anzunehmen, wir könnten in absehbarer Zukunft über eine Koordination unserer sicherheitspolitischen Bedürfnisse mit anderen europäischen Ländern verhandeln. Wenn wir jetzt Nein zum EWR sagen, dann sagen wir auch Nein zu einer sicherheitspolitischen Integration in Europa, und das wäre ein Nein mit verheerenden Konsequenzen. □

Il patrimonio comune in Europa è la storia

Ho sentito da parte degli oppositori affermazioni che – a mio giudizio – bisogna rilevare. Ho sentito dire: l'Europa non esiste – che eresia! L'Europa ha origine antiche, possiamo dire, se vogliamo limitarci alle nascite dell'antica Grecia e le prime documentazioni scritte 2500/3000 anni prima di Cristo. Per comodità possiamo semplicemente richiamare che da quella data sino ad oggi nel crogiolo che va dall'estremo Sud all'estremo Nord dell'Europa si è formato – pur con delle differenze di lingue e di costumi – un patrimonio di radici comuni che ci rende apparentati, anche se raggruppati in collettività diverse.

Questo patrimonio comune che si tende oggi a diment-



○ Sergio Salvioni

care è rappresentato in primo luogo dalla cultura che non ha mai conosciuto i confini in Europa, né a Nord né a Sud. Con i clerici vagantes, gli artisti del Rinascimento che attraversavano l'Europa alla ricerca di nuove esperienze e intrecciavano contatti personali con artisti di tutti i paesi; Dante Alighieri che dà descrizioni precise della Francia e delle Fiandre; Leonardo da Vinci che muore ad Amboise al servizio de Re di Francia; Shakespeare che ambienta le sue commedie a Venezia; Goethe che

scrive pagine memorabili sull'Italia, e gli architetti ticinesi che hanno edificato chiese meravigliose da Roma al Cascajo, passando per la Germania e per la Svezia.

Inoltre il patrimonio comune in Europa è la storia, questa storia che coinvolge tutti i popoli, che s'interseca continuamente, a volte in conflitti, a volte in alleanza, ma che, comunque, anche questa rappresenta un patrimonio di memorie comuni. □

Un tournant dans la politique étrangère et commerciale

Nous avons aujourd'hui à nous prononcer sur l'opportunité pour la Suisse de ratifier l'Accord sur l'Espace économique européen. Cette déci-



○ Jacques Martin

sion marque un tournant dans la politique étrangère et commerciale de notre pays. En ce sens, elle est importante puisqu'elle nous engage pour le long terme.

J'aimerais préciser en quoi consiste exactement ce tournant. La Suisse n'a pas attendu la fin des années quatre-vingt pour avoir une politique européenne. Bien avant la naissance de l'AELE, en 1960, nous avons entamé un processus de rapprochement avec certains de nos voisins, adoptant, en 1972, un accord de libre-échange avec la Communauté économique européenne. Plus de cent accords ont ensuite été passés avec cette institution sur les sujets les plus divers. La nouveauté n'est pas là.

L'originalité du Traité sur l'EEE réside dans la création d'une zone de libre-échange intégrée, dont les principes de libre circulation des personnes, des biens, des services et des capitaux supposent et prévoient une réciprocité. Le tournant évoqué s'inscrit, on le voit, dans une parfaite cohérence politique; merci au

Conseil fédéral de l'avoir négociée dans cet esprit avec succès! □

Acceptable et nécessaire



○ Thierry Béguin

Spectateur d'abord sceptique, la Suisse n'a cependant pas manqué d'à-propos en négociant les accords de 1972 qui ont servi nos intérêts pour un temps maintenant révolu.

Et le conseil fédéral n'a pas manqué d'à-propos non plus en saisissant la balle que Jacques Delors lançait aux pays de l'AELE en 1989.

Le Traité sur l'Espace économique européen, durement et bien négocié quoi qu'on en dise, n'est évidemment pas parfait et il ne peut pas l'être. Mais l'honnêteté intellectuelle nous impose de le reconnaître pour ce qu'il est, c'est-à-dire acceptable et nécessaire.

Acceptable, même aux yeux des plus jaloux zéloteurs de notre indépendance, parce qu'il respecte la substance de nos institutions et des valeurs qui les fondent. Nécessaire pour nous permettre d'accéder au grand marché, sans discrimination, pour aider notre économie à retrouver, avec les mesures d'accompagnement sociales indispensables, le vent frais de la concurrence.

Nous nous étions habitués à négocier bilatéralement, pour obtenir le beurre et, si possible, l'argent du beurre. Peut-être n'aurons-nous plus, au début de l'Espace, que le beurre, mais sans l'Espace, c'est certain, nous perdrons le beurre et l'argent du beurre.

Toutefois, au delà de ces considérations matérielles, qui comptent, mais qui ne sont pas tout, sachons voir la chance pour notre pays de s'associer à un projet capable de mobiliser l'enthousiasme des jeunes générations, avec la libre circulation des personnes, les échanges universitaires, les retrouvailles avec des cultures sœurs, toutes

issues d'un patrimoine commun, sachons retrouver en quelque sorte la force d'un Moyen-Âge, purgé du fanatisme et de l'intolérance et augmenté du respect des droits de l'homme. □

Poursuite de la politique pragmatique



Michel Flückiger

Pour la Suisse, expérimenter l'EEE c'est poursuivre la politique pragmatique qui lui réussit si bien. En d'autres termes, en devenant partenaire de l'Espace économique européen, la Suisse, si elle fait peau neuve, ne renonce à rien de ce qui constitue sa personnalité originale. Le cœur de notre vieux pays continuera à battre au rythme des organes, des institutions dont nous l'avons doté. On a pu le vérifier à la lecture des textes d'Eurolex, l'insertion du droit communautaire dans notre droit national s'apparente plus, à quelques exceptions près, à une formalité qu'à une réforme en profondeur.

Or, si les préoccupations légitimes de nos concitoyens confrontés à l'inconnu de changements parfois difficiles à percevoir dans leur dimension et leurs effets réels s'adressent peu aux modifications institutionnelles, en revanche elles prennent un tour pratique. Quelles seront, s'interrogent nos concitoyens, les conséquences de l'EEE dans notre vie quotidienne, sur notre pouvoir d'achat? L'expectative s'est faite plus particulièrement inquiète dans les régions frontalières du pays, singulièrement dans celles les moins favorisées économiquement, et se module naturellement selon la situation sociale des individus.

En effet, à l'ouverture des frontières, en application du principe des quatre libertés de l'Accord EEE, les régions périphériques de la Suisse seront en première ligne sur le front

de la concurrence commerciale entre partenaires européens. Je pense que ce ne sera pas faire montre d'une inquiétude déplacée que de prévoir dans un premier temps des difficultés supplémentaires pour l'économie de ces régions. Dès lors, un renforcement ciblé de la politique régionale de la Confédération est souhaitable. □

Les motifs de dire oui à l'EEE

Les motifs de dire oui à l'accord sur l'Espace économique européen se situent à trois niveaux. D'abord, celui de l'idéal, celui des valeurs. La paix, la solidarité des peuples de la grande Europe, la construction dans la diversité d'une Europe enfin unie et démocratique.

Ensuite, celui de la raison, du bon sens: Quelles sont les politiques que l'on peut encore sérieusement mener à l'échelle



Gilles Petitpierre

d'un seul pays? Quelles sont les chances du rétablissement de l'Europe de l'Est sans une entité cohérente, influente et crédible à l'Ouest? Quelles sont les fins, quels sont les espoirs, quelles sont les ambitions dans la voie solitaire, d'une Suisse entourée aujourd'hui et durablement de nations démocratiques, pacifiques, qui partagent les mêmes valeurs et ne la menacent désormais en aucune façon?

Enfin, le troisième niveau est celui de notre intérêt. Comment refuser, on l'a dit a maintes reprises, lorsqu'on est un pays qui vit de ses échanges, la participation sans discrimination à des programmes d'envergure continentale? □

Kolumne

Der Dambruch der roten Zahlen



Die Rezession der Wirtschaft hat einen Temperatursturz in den öffentlichen Finanzen zur Folge gehabt,

den wir in dieser rapiden Form kaum je erlebt haben. Die roten Zahlen haben auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene die bestehenden Dämme fast vollständig weggeschwemmt. Übriggeblieben sind Konsternation und Beunruhigung, teilweise Panik und Hilflosigkeit. Die öffentliche Hand hat auf allen drei Ebenen für 1992 nicht weniger als 7,7 Mia. Fr. Defizit budgetiert, 2,8 Mia. auf Bundesebene, 3,7 Mia. bei den Kantonen und 1,2 Mia. bei den Gemeinden. Und die Aussichten sind noch schlimmer. Wenn nicht rigoros Gegensteuer gegeben wird, erwarten den Bund 1995 rund 5 Mia. Defizit, und auch die Finanzaussichten vieler Kantone sind sehr schlecht.

Es ist dies nicht nur «die schmerzliche Quittung für bereits gehabte Freuden», wie sich Bundesrat Stich maliziös ausdrückte. Es sind dies auch Folgen einer wirtschaftlichen Sorglosigkeit und einer politischen Überheblichkeit, die sich seit der letzten grossen Rezession Mitte der siebziger Jahre breitgemacht haben. Man hat die Tiefe des Einbruchs nach dem Golfkrieg und vor allem seine Dauer nicht für möglich gehalten und Trägheitspolster angesetzt, Investitionen getätigt und Kredite gesprochen, die sich in der Konjunkturlaute als unsolide erwiesen.

Die öffentliche Hand hat die lange Zeit reichlich fließenden direkten und indirekten Steuern grosszügig verteilt und teilweise auch ihren Verwaltungsapparat aufgebläht. Dieses Ausgabenwachstum hat eine Eigendynamik entwickelt, die sich naturgemäss nicht plötzlich bremsen liess. So ist denn die Staatsquote von 1989 bis 1992 bereits um 1 Prozent, von 9,9 auf 10,7 Prozent, angewachsen.

Das böse Erwachen mit den roten Zahlen hat erneut die faktische Unmöglichkeit eines antizyklischen Verhaltens der öffentlichen Hand bewiesen. Der Staat wird von Menschen gesteuert, und diese haben die immanente Tendenz, viel Geld auszugeben, wenn sie grosse Einnahmen haben. Dass dann jene, die ohnehin den Staat als das Allheilmittel sehen, immer noch etwas aufstokken wollen, ist eine alte, aber oft vergessene Erfahrung. Aber nicht nur waren die Linken – und Grünen – im Fördern hemmunglos, auch die Bürgerlichen (oder richtigerweise ein Teil von ihnen) haben da mitgemacht oder wenig Widerstand geleistet.

Heute schlägt die Stunde der Wahrheit für die öffentlichen Finanzen. Die Frage ist, ob der Weg des geringsten Widerstandes – bei den Steuerzahlern wird es der Weg des grössten Widerstandes sein – mit Mehreinnahmen begangen werden soll oder ob der öffentliche Haushalt wieder auf ein den wirtschaftlichen Verhältnissen angemessenes Mass zurückgestuft werden kann.

Einsparungen sind immer schwieriger und schmerzlicher als Ausgabenerhöhungen. Das sieht man aus den Reaktionen der Gewerkschaften des privaten und des öffentlichen Personals. Die lange Hochkonjunktur hat eine Erwartungshaltung geschaffen, die offensichtlich nicht der heutigen wirtschaftlichen Realität entspricht. Es hat sich auch in der Schweiz eine «Mentalität des Sozialstaates» ausgebreitet, die für jede Schwierigkeit Abhilfe bei der öffentlichen Hand sucht. Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt, und deshalb stecken heute viele in Nöten. Eine Stärkung des Willens zur Selbstverantwortung, zur Selbsthilfe und dazu mehr Selbstbewusstsein könnten das erfreulichste Ergebnis dieser leidigen Rezession sein.

Kurt Müller

Alt Nationalrat
Dr. Kurt Müller, Meilen

«Partnerschaft: die einzig tragfähige Grundlage»

Stéphanie Mörikofer-Zwez, FDP-Grossrätin aus Kaiseraugst und Dozentin für Biochemie an der Basler Universität, hat gute Chancen, am 6. Dezember erste Regierungsrätin des Kantons Aargau zu werden. In einer Kampfwahl setzte sie sich bei den FDP-Delegierten im ersten Wahlgang klar durch. In der FDP der Schweiz ist Stéphanie Mörikofer-Zwez Präsidentin der Arbeitsgruppe Fortpflanzungsmedizin/Gentechnologie. Für einmal soll hier aber nicht ihr Spezialgebiet im Zentrum stehen, sondern ihre Kandidatur in einer Partei, die ein Frauenproblem hat.

Interview:
Anna-Marie Kappeler

In einer Studie (siehe Kasten) stellt Than-Huyen Ballmer-Cao fest, dass die freisinnigen Frauen in allen Parlamenten der Schweiz untervertreten sind und



Stéphanie Mörikofer-Zwez als Leiterin eines Podiumsgesprächs an einer FDP-Delegiertenversammlung...

die Tendenz erst noch nach unten zeigt. Sie sind eine der wenigen Ausnahmen. Ist die FDP frauenfeindlich?

Stéphanie Mörikofer-Zwez: «Die Studie von Than-Huyen Ballmer-Cao zeigt tatsächlich einige Tendenzen auf, die zum Nachdenken veranlassen. FDP-Kandidatinnen werden bei den eidgenössischen Wahlen dort, wo Wahlchancen bestehen, in geringerer Zahl aufgestellt und von der Wählerschaft offenbar schlechter unterstützt als ihre männlichen Kollegen. Entsprechend zeigt auch die Vertretung der FDP-Frauen im eidgenössischen Parlament eine Tendenz nach unten.

Dies nun direkt einer frauenfeindlichen Haltung der FDP zuschreiben finde ich allerdings zu einfach, zumal bei

den CVP-Frauen eine ähnliche Tendenz zu beobachten ist. Bemerkenswert erscheint mir, dass die sinkende Tendenz der FDP-Frauenvertretung in kantonalen und städtischen Legislativen zwar auch zu beobachten ist, jedoch wesentlich weniger stark ist als im eidgenössischen Parlament. Eine vertiefte Untersuchung dieses Unterschiedes könnte meines Erachtens mithelfen, die Ursachen für die beobachtete Entwicklung zu erhellen.

Eine mögliche Erklärung könnte dahin gehen, dass bei eidgenössischen Wahlen der Einfluss von wirtschaftlichen und anderen Interessengruppierungen, die Frauen kaum je unterstützen, wesentlich stärker ist als bei kantonalen und kommunalen Wahlen. Bei den letzteren spielt nach meiner Erfahrung die persönliche Quali-

fikation der Kandidatin eine sehr grosse Rolle, und die FDP verfügt, wie auch die vorliegende Studie wieder gezeigt hat, über ein beachtliches Reservoir an gut ausgebildeten, einsatzfreudigen Frauen.»

Sie mussten sich bei den kantonalen Delegierten in einer Kampfkandidatur gegen einen populären Konkurrenten, Nationalrat Luzi Stamm, durchsetzen. Was waren die Voraussetzungen für diesen Erfolg? Wie werden Sie durch die FDP jetzt unterstützt?

Stéphanie Mörikofer-Zwez: «Die Antwort auf diese Frage muss notwendigerweise subjektiv ausfallen. Eine erste Voraussetzung für meinen Erfolg am Parteitag der Aargauer Freisinnigen im September war, so



... als Referentin in ihrem Spezialgebiet Gentechnologie ...



... als FDP-Delegierte. (Photos ruti)

Freisinnige Frauen

Die Studie von Than-Huyen Ballmer-Cao, «Die freisinnigen Frauen in den Nationalratswahlen», umfasst 33 Seiten und ist beim FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, erhältlich. Bitte senden Sie ein frankiertes und an Sie adressiertes Couvert (B 5). □

hoffe ich wenigstens, mein grosser politischer Einsatz im Grossen Rat und in der kantonalen FDP während der letzten acht Jahre. Eine zweite wichtige Voraussetzung war der Einsatz der freisinnigen Frauen im Kanton, die unmissverständlich erklärten, dass sie sich meine Nomination am Parteitag wünschen, und die mich auch entsprechend unterstützten. Letztlich mag auch das politische Klima, das stark für eine Frauenkandidatur sprach, mitgespielt haben.

Die FDP in meinem eigenen und auch in anderen Bezirken hat mich bereits vor der Nomination gezielt unterstützt. Seit der Nomination ist auch eine gute Unterstützung durch die Kantonalpartei vorhanden. Was mich besonders freut, ist, dass ich mit dem bisherigen und wiederkandidierenden FDP-Regierungsrat Thomas Pfisterer und seinen Wahlhelferinnen und Wahlhelfern gut zusammenarbeiten kann. Ich bin überzeugt, dass wir im Wahlkampf ein sehr gutes Team sein werden.»

Die Studie von Than-Huyen Ballmer-Cao stellt fest, dass die Frauen bei der FDP noch weniger Chancen in der Politik haben als in anderen Parteien, weil die Partei ein «maskulines Image» hat und weil bei der FDP die Senioren übervertreten sind. Vergeht einem da nicht die Geduld?

Stéphanie Mörikofer-Zwez: «Geduld zählt bekanntlich zu den weiblichen Eigenschaften, und vielleicht haben die FDP-Frauen in der Vergangenheit tatsächlich etwas zu viel Geduld gehabt. Wir haben sehr stark auf den Gedanken der

Partnerschaft gesetzt und immer darauf gewartet, dass die Partei uns fördert.

Ich möchte den Gedanken der Partnerschaft nicht aufgeben, weil er für mich die einzig tragfähige Grundlage für eine konstruktive Politik im Interesse der ganzen Bevölkerung ist. Die freisinnigen Frauen müssen sich aber vielleicht doch überlegen, ob sie innerhalb der Partei nicht entschiedener auftreten und sich vor allem gegenseitig besser unterstützen müssen, um ihre Ziele zu erreichen.

Meine eigene Nomination hat gezeigt, dass die Frauen, wenn sie sich miteinander für etwas einsetzen, auch in der FDP Erfolg haben können und dass viele männliche Exponenten der Partei die Anliegen der Frauen mittragen.»

An der kantonalen FDP-Delegiertenversammlung erwähnten Sie neben Ihrer Kompetenz als Naturwissenschaftlerin auch Ihre Kompetenz als Frau und als Mutter von zwei Kindern. Mit der FDP verbindet man Kompetenz in Wirtschafts- und Finanzfragen. Wie schaffen Sie die Brücke?

Stéphanie Mörikofer-Zwez: «Als Mutter möchte ich meinen Kindern eine Schweiz hinterlassen, in der es sich lohnt zu leben und in der sie sich wohl fühlen können. Zu den Voraussetzungen dafür gehört unter anderem eine gesunde Wirtschaft. Es fällt mir deshalb überhaupt nicht schwer, zwischen meinem Hintergrund und Wirtschaftsfragen eine Brücke zu schlagen. Ich habe mich immer für Wirtschaftsfragen interessiert und mich in der Region, in der ich wohne, auch immer wieder für die berechtigten Anliegen der Wirtschaft eingesetzt.

Als Naturwissenschaftlerin bringe ich zudem einige Kompetenz in Umweltfragen mit, was in der heutigen Situation nicht ohne Bedeutung ist. Weil auch die Industrie heute an vernünftigen und tragbaren Lösungen für Umweltprobleme interessiert ist, glaube ich, dass ich gerade mit meinen beruflichen Kenntnissen mithelfen kann, Brücken zu schlagen und Lösungen zu finden, zu denen alle Beteiligten stehen können.»

FDP-Fraktionspräsident Nationalrat Pascal Couchepin sagte: «Entweder wir gewinnen die nächsten Wahlen mit den Frauen, oder wir verlieren sie.» Was empfehlen Sie den Frauen und Männern in der FDP, damit die FDP die nächsten Wahlen mit den Frauen gewinnen kann?

Stéphanie Mörikofer-Zwez: «Ich habe bereits erwähnt, dass ich der Überzeugung bin, dass die politisch aktiven freisinnigen Frauen ihre Anliegen stärker als bisher in die Parteiarbeit einbringen müssen. Wenn es uns nicht gelingt, Frauenanliegen als Thema der FDP aufzunehmen und auch nach aussen zu vertreten, dann besteht tatsächlich die Gefahr, dass insbesondere die jungen, gut ausgebildeten Frauen der FDP davonlaufen oder gar nicht erst zu uns kommen. Nationalrat Pascal Couchepin hat deshalb recht, wenn er mit Blick auf die kommenden Wahlen auf die Bedeutung der Frauen für die FDP hinweist.

Damit wir die Frauen für die FDP mobilisieren können, braucht es in meinen Augen zwei Dinge: Auf der einen Seite braucht es Frauen, die bereit sind, sich zu exponieren und für ihre Anliegen einzustehen. Auf der anderen Seite braucht es vor allem in den Leitungsgremien der Partei noch mehr Männer, die bereit sind, Frauen als gleichwertige Partnerinnen anzuerkennen und mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Ich bin in meiner zwanzigjährigen Tätigkeit innerhalb der FDP vielen Kollegen begegnet, mit denen ich auf diese Weise zusammenarbeiten konnte, und ich bin auch vielen mutigen Frauen begegnet. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir tatsächlich in den kommenden Jahren zu einer echten Partnerschaft im Interesse der freisinnigen Politik kommen können.

Ein erfahrener Politiker im Aargau hat mir einmal gesagt: «Wenn du etwas willst, musst du es laut und deutlich sagen.» Ich möchte diesen guten Rat

Fortsetzung auf Seite 18

Voranzeige

Was ist los mit den freisinnigen Frauen?

Die Vereinigung freisinnig-demokratischer Frauen der Schweiz (SVFF) lädt alle freisinnigen Frauen am 15./16. Januar 1993 zu einer Tagung nach Zürich ein.

Eine gesamtschweizerische Studie zeigt verheerende Tendenzen bezüglich Frauenanteile in den politischen Gremien auf: sinkende Zahlen des Frauenanteils in den Parlamenten, auch in den Städten, weniger freisinnige Frauen auf den Wahllisten. Das können wir nicht auf uns sitzen lassen!

Basierend auf dieser Studie, möchten wir an dieser Tagung Taktiken und Strategien erarbeiten, die helfen, unsere politischen Anliegen besser durchzusetzen und Frauen für die politische Arbeit zu motivieren. Bekannte Referentinnen und Parlamentarierinnen werden über ihre Erfahrungen berichten und die Arbeitsgruppen leiten.

Bitte reservieren Sie den 15./16. Januar 1993

Anmeldetalon

Name:

Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Bitte ausfüllen und senden an: Frau C. Bajna, Im Glockenacker 53, 8053 Zürich.

Weitere Unterlagen folgen.

EWR-Vertrag: «Gleich lange Spiesse» für die Wirtschaft!

In der öffentlichen Diskussion über den EWR-Vertrag fallen immer wieder Schlagworte wie «Chancengleichheit», «gleich lange Spiesse», «Diskriminierungsgefahr» usw. Solche Aussagen lassen Benachteiligungen von Schweizer Unternehmen sowie von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern im Falle eines Neins zum EWR-Vertrag erahnen. Was aber wirklich hinter diesen Worten steckt, scheint vielen Stimmberechtigten unklar zu sein. Dieser Artikel versucht deshalb, anhand von Fallbeispielen solche Benachteiligungen aufzuzeigen.¹

 Sven Bradke

Der EWR-Vertrag zwischen den sieben EFTA- und den zwölf EG-Staaten basiert im Grundsatz auf dem Prinzip der EWR-weiten Gleichbehandlung von Unternehmen und Personen sowie der Anerkennung gleichwertiger nationaler Regelungen. Eine solche wirtschaftliche Gleichbehandlung bedeutet somit, dass alle EWR-Unternehmen und EWR-Bürger im gleichen Masse das Recht und die Freiheit haben, von den vertraglich gesicherten und gesetzlich ausgestalteten Freiheiten (z. B. die Dienstleistungsfreiheit) Gebrauch zu machen (oder nicht). Dabei gilt die Regel, dass die EWR-Länder bei den nationalen Gesetzeserlassen und bei öffentlich ausgeschriebenen Beschaffungen die eigenen Firmen und Bürger gegenüber den anderen EWR-Bürgern und Unternehmen wettbewerbsmässig nicht bevorzugen dürfen.

Der grenzüberschreitende Wettbewerb soll folglich dem wirklichen Preis-Leistungs-Verhältnis entsprechend und nicht auf Grund der zufälligen Staatszugehörigkeit spielen können.

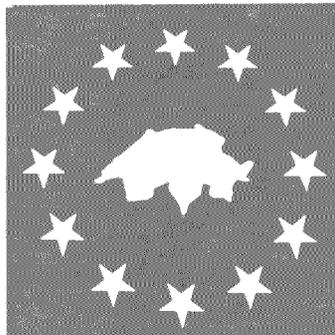
Sollte die Schweiz den EWR-Vertrag ablehnen, würde für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die im EWR-Vertrag eingebundenen EFTA-Staaten die Schweiz als «Drittstaat»

gelten. Dies hiesse, dass alle EWR-Unternehmen und Personen gegenüber Drittstaaten einen Vorzug bei staatlichen Regulierungen oder Ausschreibungen geniessen, während Drittstaaten (z. B. die Schweiz oder die USA) erst im zweiten Glied berücksichtigt werden. Verschiedene Fallbeispiele mögen diese im «Alleingang» auftretenden Benachteiligungen näher erklären.

Öffentliches Beschaffungswesen

Im EWR-Raum werden ab nächstem Jahr öffentliche Beschaffungen in den Bereichen Wasser, Energie, Verkehr und Telekommunikation ab einer Kaufsumme von 400 000 Ecu aufwärts (Telekommunikation 600 000; Bauten 5 000 000 Ecu) von Gemeinden, Gliedstaaten und Staaten EWR-weit ausgeschrieben. An solchen öffentlichen Beschaffungen können sich auch Nicht-EWR-Staaten beteiligen, allerdings müssen diese Drittstaaten im Vergleich zu den EWR-Staaten besondere Konditionen bieten.

So könnten Schweizer Unternehmen im Falle des Alleingangs an einer solchen öffentlichen Ausschreibung nur mit Erfolg teilnehmen, wenn die Wertschöpfung der Lieferung aus den Bereichen Wasser, Energie, Verkehr und Telekommunikation zu mindestens fünfzig Prozent in EWR-Staaten erstellt worden ist. Ein Produkt, dessen Gesamtwert zu achtzig Prozent in der Schweiz erstellt worden ist, hätte gegenüber einem EG-Produkt so



mit keine Chance, den Auftrag zu erlangen.

Als weiteres Kriterium für den Zuschlag zur Auftragsvergabe muss sich ein Lieferant aus einem Drittland gefallen lassen, dass ihm ein Auftrag verweigert wird, obwohl er genau gleich wie sein EG-Konkurrent die technischen Vorgaben zum selben Preis erfüllen kann. Denn Angebote von Drittstaatenunternehmen gelten nach EG-Recht als preislich gleichwertig zu EG- oder EWR-Angeboten, wenn die Preise bis zu drei Prozent voneinander abweichen. Dies bedeutet, dass beispielsweise das Schweizer Unternehmen für die Münchner S-Bahn keine Eisenbahnwaggons liefern kann, obschon der Preis bis zu drei Prozent unter dem tiefsten EG-Angebot lag.

Die staatliche Beschaffung von Wasser, Energie, Verkehr und Telekommunikation ist gesamteuropäisch ein wichtiger und wachsender Markt. Ohne EWR-Vertrag hätten Schweizer Unternehmen auf Grund der speziellen Kriterien für Drittstaaten (fünfzig Prozent-EWR-Wertschöpfung, mindestens drei Prozent tieferer Preis) klar feststellbare Nachteile.

Grossunternehmen des Energie- und Telekommunikationsbereichs könnten solche Kriterien durch Verlagerung von Produktion und Vertrieb zu ihren Töchtern im Ausland wettmachen. Bei den kleineren und mittleren sieht die Situation meistens schlechter aus, da sie normalerweise keine Produktionsunternehmen im grenznahen Ausland besitzen.

Gesamtwirtschaftlich gesehen ist jedoch jede Verlagerung ins Ausland für den Werkplatz Schweiz äusserst schmerzhaft.

Verkehrswesen

Die EG will im nächsten Jahr das sogenannte Kabotageverbot zugunsten eines liberalisierten EG-Verkehrsmarktes aufheben. Nach heutiger Regelung dürfen Transporteure ohne grossen administrativen Aufwand Waren in ein anderes EG-Land liefern, dort müssen sie aber wieder eine Fracht fürs Heimatland laden. So darf beispielsweise ein Transporteur aus Weil (BRD, bei Basel) wohl eine Fracht nach Paris bringen, dort muss er aber eine Rückfahrfracht für Deutschland finden. Findet er die nicht, muss er notfalls leer zurückfahren. Weil der deutsche Transporteur in der Regel eben keine Frachten innerhalb eines anderen EG-Landes ausführen darf, spricht man vom Kabotageverbot.

Mit dem EWR-Vertrag soll diese Aufhebung des Kabotageverbots innerhalb der EG auch auf die EFTA-Staaten ausgedehnt werden. Sollte die Schweiz somit nicht am EWR teilnehmen, dürfte zukünftig der Transporteur aus Weil eine Fracht nach Paris, von dort eine weitere nach Lyon, von dort wieder eine weitere nach Strassburg und schliesslich noch eine weitere zurück nach Weil bringen, während der Basler Transporteur zwar ebenfalls eine Fracht nach Paris führen darf, dort aber zwingend wieder eine Schweizer Fracht finden muss. Andernfalls fährt er im Gegensatz zu seinem grenznahen EG-Konkurrenten leer in die Regio Basiliensis zurück.

Abgesehen von den nachteiligen ökologischen Auswirkungen, die ein solches Transportverbot innerhalb eines Nachbarstaates zur Folge hat, sind für Schweizer Transporteure ohne EWR-Vertrag kosten- und auftragsmässige Benachteiligungen zu erwarten.

Ohne Transitvertrag und ohne EWR-Vertrag wäre es nicht auszuschliessen, dass Schweizer Transportunternehmen sogar verboten wird, im Ausland mit 40-Tonnen-Fahrzeugen zu verkehren. Beide Wirkungen könnten für das Transport-

¹ Vgl. «Freisinn» Nr. 6, 7/8, 9 1992.

EWR-Vertrag und Nicht-diskriminierung in Kürze

Artikel 1 EWR-Vertrag

1. Ziel dieses Assoziationsabkommens ist es, eine beständige und ausgewogene Stärkung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Vertragsparteien unter gleichen Wettbewerbsbedingungen und unter Einhaltung der gleichen Regeln zu fördern, um einen einheitlichen Europäischen Wirtschaftsraum, nachstehend EWR genannt, zu schaffen.
2. Zur Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Ziele umfasst die Assoziation im Einklang mit den Bestimmungen dieses Abkommens:
 - a) den freien Warenverkehr,
 - b) die Freizügigkeit,
 - c) den freien Dienstleistungsverkehr,
 - d) den freien Kapitalverkehr
 - e) die Einrichtung eines Systems, das den Wettbewerb vor Verfälschungen schützt und die gleichmässige Befolgung der diesbezüglichen Regeln gewährleistet, sowie
 - f) eine engere Zusammenarbeit in anderen Bereichen wie Forschung und Entwicklung, Umwelt, Bildungswesen und Sozialpolitik.

Artikel 4 EWR-Vertrag

Unbeschadet besonderer Bestimmungen dieses Abkommens ist in seinem Anwendungsbereich jede (wirtschaftliche, S. B.) Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit verboten. □

Vgl. Bundesblatt Nr. 33 Band IV.

gewerbe zu Standortverlagerungen ins benachbarte Ausland führen, wie sie schon jetzt feststellbar sind. Doch selbst dann wäre die Situation für das Transportgewerbe noch nicht gelöst. Das EG-Recht schreibt nämlich vor, dass nur jene Unternehmen in den Genuss der Liberalisierung im Strassen-, Schiffs- und Flugverkehr kommen können, die einen EG-Sitz haben und unter kapital- und verwaltungsmässiger Kontrolle von EG-Bürgern stehen. Mit anderen Worten, das gesamte private Verkehren ist vom EWR-Vertrag, welcher auch zukünftig Gleichbehandlung mit EG-Unternehmen garantiert, stark betroffen. Ein Alleingang hätte somit nachweisbare rechtliche und kostenmässige Nachteile zur Folge.

Banken und Versicherungen

Die EG-Staaten streben mit dem EG-Binnenmarktprogramm einen vertieften und integrierteren europäischen Finanzraum an. Dabei stehen zwei Ziele im Vordergrund. Einerseits die Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels mit Finanzdienstleistungen (Bank-, Versicherungs-, Börsen- u. a. Dienstleistungen) sowie die Liberalisierung der

Errichtung von Zweigniederlassungen. Als Grundvoraussetzung ist dabei eine gewisse Vereinheitlichung der Sorgfaltnormen und der gegenseitigen Anerkennung der Zulassungs- und Überwachungstätigkeit notwendig.

Mit dem EWR-Vertrag können die EFTA-Staaten gleichberechtigt an dieser Liberalisierung teilnehmen. Eine Bank aus einem EWR-Staat kann folglich mit einer einzigen Banklizenz aus ihrem Heimatstaat in allen anderen EWR-Staaten Dienstleistungen anbieten und Zweigniederlassungen aufbauen.

Die notwendigen Kontrollen über diese Institute werden gemäss den vereinheitlichten Normen immer durch das entsprechende Heimatland ausgeübt. Für unsere Grossbanken spielt diese Erleichterung jedoch keine grosse Rolle, da sie über ihre Töchter im EWR schon vertreten sind. Für Banken (oder Versicherungen) aus Nicht-EWR-Staaten (z. B. Japan, USA) wäre die Schweiz im Alleingang jedoch nicht sehr attraktiv, da sie von der Schweiz aus nicht gesamt-europäische Finanzdienstleistungen anbieten können. Sie müssten vielmehr zusätzliche

Banken im EWR öffnen, damit sie die EWR-Banklizenz für den gesamten EWR-Markt erhalten. Dies könnte die Schweiz im Alleingang nicht bieten, weshalb die Schweiz als Standort für Banken oder Versicherungen aus Drittstaaten weniger attraktiv ist als unsere umliegenden Nachbarstaaten.

Chemie

Derzeit müssen in den Verkauf gebrachte Heilmittel in den jeweiligen Staaten ein Bewilligungsverfahren durchlaufen. Über den EWR-Vertrag will man zukünftig nach dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung ein Erstregistrierungsverfahren einführen. Dadurch soll es möglich werden, dass ein Produkt, welches rechtmässig in einem Land auf den Markt gekommen ist, direkt auf dem gesamten EWR-Markt angeboten werden darf.

Für Drittstaaten, die nicht am EWR-Vertrag teilnehmen, würde dieses erleichterte und kostensenkende Verfahren keine Wirkung entfalten. Drittstaaten hätten weiterhin in jedem Verkaufsland die notwendigen Experimente sowie die administrativen Formalitäten zu durchlaufen, die sich je nach Land unterschiedlich lange gestalten.

Ohne Töchter oder eigene EG-Unternehmen ist eine solche Rechtslage für die kleineren Schweizer Pharmaunternehmen nachteilig und teuer. Zudem förderte eine solche Benachteiligung kaum die Ansiedlung neuer ausländischer Unternehmen, obwohl die Schweiz traditionell in dieser Branche internationale Wettbewerbsvorteile zu verzeichnen hatte.

Dies sind nur einige exemplarische Benachteiligungen, welche der EWR-Vertrag in bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen mit den EG- und EFTA-Staaten aus dem Weg räumen würde. Zu nennen wären noch zahlreiche andere wie etwa die Benachteiligung von Schweizern ohne Freizügigkeit bei Anstellungen in EWR-Staaten, die unterschiedliche Behandlung in den Bereichen Forschung, Bildung und Anerkennung von Diplomen usw. □

EWR-Vertrag

Für alle Diskriminierungen gilt aber, dass selbst die beste wirtschaftliche Leistung diese meist rechtlichen Benachteiligungen gegenüber Drittstaaten nicht aus dem Weg räumt.

Auf Grund der hohen Verflechtung mit den EG- und EFTA-Staaten würde eine Nichtteilnahme am EWR-Vertrag folglich – ob wir es wollen oder nicht – die Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen und des Wirtschaftsstandortes Schweiz stark unter Druck setzen. Der EWR-Vertrag intensiviert zwar den Wettbewerb durch deregulierende Massnahmen ebenfalls, er garantiert jedoch bei allen grenzüberschreitenden Wirtschaftsaktivitäten gleiche «Chancen für alle Beteiligten».

Beim Alleingang dürfte sich der Wettbewerbsdruck jedoch noch mehr erhöhen, da neben den autonomen deregulierenden Massnahmen die genannten Drittstaatenbenachteiligungen zusätzlich umschifft werden müssten. Mit fortschreitender Weiterentwicklung des europäischen Wirtschaftsrechts wird dieser Prozess der Benachteiligung von Drittstaatenunternehmen wohl eher noch zu- als abnehmen.

Handlungsbedarf

Was immer der Entscheid am 6. Dezember 1992 bringen wird, fest steht, dass die Schweiz, so oder so, aktiv und mit voller Kraft wirtschaftliche Liberalisierungsmassnahmen in Angriff nehmen muss. Mit dem EWR-Vertrag sollte die Standortattraktivität der Schweiz vor allem in den nicht-EWR-relevanten Gebieten erhöht werden (Bodenmarkt, Mietwesen, Monopole, Infrastruktur usw.). Ohne EWR-Vertrag kämen zusätzliche Reformen dazu, die der EWR-Vertrag zum Teil geregelt hätte. Dazu zählen etwa die einseitige Einführung der Freizügigkeit mit EWR-Staaten, die einseitige Liberalisierung eines nichtdiskriminierenden öffentlichen Beschaffungswesens oder auch eine Verschärfung des Kartellwesens.

Mit oder ohne EWR-Vertrag müssen die wirtschaftlich notwendigen Massnahmen in Angriff genommen werden. Akuter Handlungsbedarf besteht, packen wir's an! □

EWR aus der Sicht der Frauen

Anlässlich der Präsidentinnenkonferenz vom 10. September in Zürich haben die SVFF-Frauen deutlich die Ja-Parole zur Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum EWR vom 6. Dezember beschlossen. Sie wurden von Walter Bosshard (pro) und Ulrich Maurer (contra) über die allgemeinen Auswirkungen und von Than-Huyen Ballmer-Cao über die frauenspezifischen Aspekte des EWR-Vertrages orientiert. Aus dieser Diskussion und aus weiteren Informationen ergibt sich folgendes Bild.

Marianne Krämer-Flury, Frauenfeld*

● Grundsätzlich betreffen die Auswirkungen des EWR-Abkommens die gesamte Gesellschaft, Frauen ebenso wie Männer. Bei den vier Freizügigkeiten (freier Verkehr von Gütern, Kapitalien, Dienstleistungen und Personen) sind keine frauenspezifischen Bestimmungen enthalten.

● Im grossen Binnenmarkt wird der vollständigen Integration der Frauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

● Es ist zu bedenken, dass zwischen Wohlstand und Stellung der Frau im Berufsleben und der Gesellschaft ein direkter Zusammenhang besteht.

Frauenspezifische Bestimmungen

Frauenspezifische Bestimmungen im EWR-Abkommen finden sich in den sogenannten

horizontalen Bestimmungen (=Begleitpolitiken) unter dem Titel Sozialpolitik.

● Art. 69 verankert die Anwendung und Beibehaltung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher (gleichwertiger) Arbeit. (Dieser Grundsatzartikel findet sich bereits in den Römer Verträgen von 1957.)

● Art. 70 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung von Männern und Frauen mit folgenden fünf Richtlinien:

– gleiches Entgelt für Männer und Frauen;

– Gleichbehandlung hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zu Berufsbildung, zum beruflichen Aufstieg und in bezug auf die Arbeitsbedingungen;

– Gleichbehandlung im Bereich der sozialen Sicherheit;

– Gleichbehandlung von Männern und Frauen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit – auch in der Landwirtschaft – ausüben;

– Mutterschutz;

● Art. 78 verpflichtet die Vertragsparteien, die Zusammenarbeit im Bereich der Sozial-

politik zu verstärken und zu erweitern, namentlich was die Chancengleichheit anbelangt.

Auswirkungen in der Schweiz

● Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es jedem EWR-Vertragsstaat im Rahmen der gewährten Übergangsfristen anheimgestellt ist, die aus den Artikeln 69, 70 und 78 folgenden Anpassungen in ordentlichen Gesetzesrevisionen vorzunehmen. Diese Gesetzesrevisionen, die vor allem die Bereiche der Arbeitsgesetzgebung und der Sozialversicherung umfassen, können vom Parlament diskutiert und verabschiedet werden und sie unterstehen, wie üblich, auch dem Referendum.

● Der auf Grund von Art. 4 der Bundesverfassung ausgearbeitete Vorentwurf zum Gleichstellungsgesetz stimmte weitgehend mit den EWR-Bestimmungen überein, soll aber noch einige Verbesserungen erfahren haben, und soll bis Ende 1992 vorliegen. (Das Ausführungsgesetz könnte dann «fristgerecht» 1995 in Kraft treten.)

● Im Rahmen des Eurolex-Paketes wurde beschlossen,

dass es inskünftig nicht mehr möglich sein wird, den Frauen bei Heirat oder Mutterschaft die Freizügigkeitsbeiträge aus der beruflichen Vorsorge auszubehalten. Dies wird den Frauen aber sicher zum Vorteil gereichen, hat sich doch herausgestellt, dass bei Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit der Wiedereinkauf in die berufliche Vorsorge oft Probleme aufgibt.

Fazit

Generell ist festzuhalten, dass die Frauen dem EWR positiv gegenüberstehen sollten, da er die Gleichstellung von Mann und Frau vorantreiben wird. Davon profitieren vor allem die Frauen.

Allerdings ist diese Perspektive nicht ohne Risiken, denn der allgemein niedrigere Ausbildungsstand wird den Frauen auf dem harten Arbeitsmarkt weiterhin zu schaffen machen. Langfristig ist aber von einer Besserung der Situation auszugehen.

Die Gleichstellung wird den Frauen auch mit dem EWR-Abkommen nicht auf dem Serviertablett gereicht. Hingegen ist die Startbahn für die Frauen bei einem EWR-Ja deutlich besser konzipiert als der holperige Karrenweg im Alleingang. Es gilt, dass wir Frauen unsere Chancen aktiv wahrnehmen. □

* Vorstandsmitglied Schweizerische Vereinigung freisinniger Frauen (SVFF), Vizepräsidentin FDP Thurgau.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

100 Jahre Erfahrung, Dynamik, Tradition 1892 – 1992

Spross

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Telefon 011 58 16 58 16

Repro
Korrektur-
Ideen
Beleuchtungs-
service

LA GA-LA-BAU

Satz
Typografie
Gestaltung

ELLEN SAUER

011 58 16 58 16

Günstige Auswirkungen des EWR-Abkommens für Frauen

● Frauen können sich inskünftig in jedem beliebigen EWR-Land um eine Arbeitsstelle bewerben und dort arbeiten. Ihre Berufsausweise und Diplome werden anerkannt. (Gilt natürlich auch für Frauen, die ihre Ehemänner in ein EWR-Land begleiten.)

● Wenn wir im EWR mitmachen, können wir an den vielfältigen Programmen und Projekten der EG teilnehmen, die die Förderung der Frauen und deren Besserstellung in Beruf und Gesellschaft zum Ziele haben. Im Vordergrund stehen da die Programme NOW (New Opportunities for Women) und das Netzwerk IRIS zur Verbesserung der beruflichen Ausbildung von Frauen. Die EG hat erkannt, dass die Ausbildung der Frauen nicht nur ein gesellschaftliches Anliegen, sondern langfristig auch eine wirtschaftliche Notwendigkeit ist.

● Ausländerinnen aus dem EWR-Raum, die in der Schweiz leben oder in die Schweiz kommen werden, haben die Möglichkeit, bei uns zu arbeiten, wenn sie eine Stelle finden, können sich weiterbilden und ihre Kinder am Schulunterricht teilhaben lassen. □

Die liberale Grossfamilie tagte in Mainz

Freihandel war das Leitthema des diesjährigen Kongresses der Liberalen Internationale (LI), das humanitäre Völkerrecht und insbesondere dessen Verletzung im früheren Jugoslawien das brisanteste Seitenthema. Unter den gegen 300 Delegierten der rund 60 liberalen Gruppierungen aus aller Welt, die in Mainz zusammenkamen, befand sich auch eine neunköpfige FDP-Delegation.

Gottlieb F. Höpli

Die internationale Grossfamilie der Liberalen hat auch am LI-Kongress von Mainz Zuwachs bekommen: Als neue Vollmitglieder sind die Demokratische Partei Senegals unter ihrem charismatischen Führer Abdoulaye Wade und die ungarischen Jungdemokraten (Fidesz) als Vollmitglieder aufgenommen worden. Beobachterstatus haben sechs liberale Gruppen oder Parteien aus Kroatien, Slowenien (gleich deren zwei), der Tschechoslowakei, Kuba und Rwanda erhalten. Nachdem in den achtziger Jahren zahlreiche lateinamerikanische Parteien und nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Staatensystems viele Liberale Osteuropas bei der liberalen Parteienfamilie angeknüpft hatten, ist es endgültig klar:

Aus dem 1947 in Oxford gegründeten Klub europäischer Honoratioren ist heute mit rund sechzig Mitgliederparteien aus vierzig Ländern – und in über zwanzig Ländern an der Regierung beteiligt – eine weltweite Bewegung geworden.

Amateure oder Professionals?

Dabei darf nicht verschwiegen werden, dass dieser erfreuliche Zulauf der nicht überaus struktur- und organisationsstarken LI (Sitz des Generalsekretariats: London) zu schaffen macht. Immer wieder – letztmals am Kongress 1991 in Luzern – macht sich die LI Gedanken darüber, ob sie nun

eigentlich eine Art Mont Pèlerin Society (aber weniger gut) oder eine Organisation politischer Parteien werden soll, welche die Herausforderung der Christlichdemokraten und Konservativen auf der einen, der Sozialistischen Internationale auf der anderen Seite annehmen wolle, wie es der langjährige LI-Profi Urs Schoettli (ein Schweizer) in Luzern formulierte.

«Perspektiven des internationalen Liberalismus» standen auch in Mainz auf der Tagesordnung. Doch das Traktandum bot weniger Perspektiven als Anschauungsunterricht,

wie gross die liberale Grossfamilie inzwischen geworden ist (auch wenn die Kongresse noch immer ein wenig den Charakter einer politischen Familienzusammenkunft behalten haben): Da traten nacheinander Redner aus Taiwan, Hongkong und Sri Lanka ans Rednerpult, bis mit einem ungarischen Fidesz-Sprecher ein Europäer zu Wort kam, und zwar einer von denen, die auch erst seit drei Jahren ungestraft liberale Positionen vertreten dürfen...

Ernsteste Warnung vor dem Protektionismus

«Freier Handel in einer Welt des Wandels» – das Kongress-thema im Land des derzeitigen LI-Vorsitzenden Otto Graf Lambsdorff verwundert kaum. Helmut Haussmann, einer der Nachfolger des «Marktgrafen» im Amt des deutschen Wirtschaftsministers, hielt das erläuternde Referat zur Hauptresolution. Darin wird einer der Pfeiler liberaler Politik, der

schon im Liberalen Manifest von Oxford 1947 eine wichtige Rolle spielte, erneuert und aktualisiert.

Einschränkungen des Freihandels, wie sie nicht nur von linker oder von nationalistischer Seite, sondern oft auch von schwächlichen Branchen und Marktteilnehmern selbst gefordert werden, können aus liberaler Sicht so schwere Schäden verursachen wie etwa die Einschränkung der Meinungsfreiheit durch die Zensur.

Mit Nachdruck warnt die Kongressresolution von Mainz vor einer Schwächung des Welt Handels, vor einer Erosion des Gatt. Diese ist zu befürchten, wenn die Uruguay-Runde nicht rasch und erfolgreich abgeschlossen werden kann. Anschliessend muss die Staatengemeinschaft die Renovation des unübersichtlich gewordenen Gatt-Netzwerks in Angriff nehmen, nicht zuletzt durch die Schaffung einer weltweiten Wettbewerbspolitik. Die Industrieländer schliesslich werden von der LI aufgefordert, ihre Märkte endlich für die Pro-

Fortsetzung auf Seite 16



Liberaler Prominenz am LI-Kongress von Mainz: Urs Schoettli, LI-Präsident Lambsdorff, Generalsekretär Julius Maaten, LI-Vizepräsident David Steel (v. l. n. r.). Am Rednerpult die deutsche Justizministerin Sabine Schnarrenberger. (Photo Reiner Beeg)

Die Schweizer FDP-Delegation

Hugo Bütler, Vizepräsident LI, Zürich
 Jeanine de Boccard, Genf
 Andreas Gasche, Solothurn
 Gottlieb F. Höpli, Zürich
 François Loeb, Nationalrat, Bern
 Catrina Luchsinger, Zürich
 Eleonora Schneuwly, Generalsekretariat FDP, Bern
 Peter Tschopp, Nationalrat, Genf

Fortsetzung von Seite 15

dukte aus der Dritten Welt und den früheren kommunistischen Staaten zu öffnen.

Gleichsam flankierend zur klassischen ordnungspolitischen Standortbestimmung verabschiedete der Mainzer Kongress Entschliessungen zur Sozialpolitik und zur globalen Energiepolitik – bei letzterer hatte die Schweizer Delegation einige ohne Widerspruch akzeptierte Detailverbesserungen angebracht. Im Gefolge der Rio-Konferenz wird hier eine internationale Konferenz liberaler Experten und Politiker gefordert, die weitere Empfehlungen ausarbeiten soll.

Schweizer Spuren in Jugoslawien-Erklärung der LI

LI-Kongresse nehmen immer auch zu Themen der aktuellen Weltpolitik Stellung. Im Vorfeld des Mainzer Kongresses hatte die Schweizer Delegation beschlossen, einen Resolutionsantrag zu den Verletzungen des humanitären Völkerrechts im ehemaligen Jugoslawien einzubringen und dabei auf die Einhaltung der Genfer Konventionen zu pochen – die Schweiz ist ja immerhin Depositarstaat dieser Konventionen. Der Entwurf floss ein in eine umfassende Erklärung der Liberalen Internationale, die in Mainz von einem «Leaders Meeting» ausgearbeitet wurde. Für die Schweiz nahm daran der schweizerische LI-Vizepräsident Hugo Bütler, Chefredaktor der NZZ, teil.

Die Resolution erinnert an die bereits am Kongress 1991 von Luzern – Thema: «Liberalismus und Minderheiten» – bezogenen Positionen und weist darauf hin, dass Liberale für die Rechte der Minderheiten und der Selbstbestimmung der Völker eintreten, dies aber immer auf dem Fundament der Menschenrechte.

Nach der Verurteilung der systematischen Verletzung grundlegender Menschenrechte schlägt die Resolution eine Reihe von Massnahmen vor, die inzwischen bereits breiter diskutiert werden: die Schaffung eines internationalen Gerichtshofs, der die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht, sowie die Einrichtung eines Registers der potentiellen Straftaten. Sollten die Friedensbemühungen scheitern –

ein leider nach wie vor aktuelles Szenario –, sei auch der Einsatz militärischer Mittel, insbesondere von Luftstreitkräften, nicht auszuschliessen.

Für Stärkung der Uno

Der Absicht des derzeitigen LI-Vorsitzenden Lamsdorff entsprechend, die Liberale Internationale «politisch relevanter» zu machen, entspricht die Tätigkeit einer Arbeitsgruppe unter dem finnischen Aussenminister Paavo Väyrynen, die noch dieses Jahr einen ausführlichen Bericht zur Stärkung der Uno vorlegen will. Wie nötig diese ist, zeigt nicht zuletzt die derzeitige Ohnmacht der Staatengemeinschaft angesichts der schrecklichen Vorgänge im früheren Jugoslawien. (Übrigens: Die Schweiz ist nicht in der Uno.) □

700 Jahre Schweiz,
 Ein Grund mehr,
 über die Grenzen zu blicken.

«Mit dem Beinahe
 darf man sich
 nie zufriedengeben.»

(Spruchweisheit aus Frankreich)

1834 schrieb J.J. Sulzer seinen Söhnen: «Was Ihr macht, das macht recht. Es kostet nicht mehr Zeit, als Ihr dazu braucht, es schlecht zu machen.» Dieser Ausspruch ist zum Leitgedanken des Sulzer-Konzerns geworden. Besagt er nicht dasselbe wie die oben zitierte Spruchweisheit? Man sieht, sobald man über die Grenzen blickt: Weisheit kennt keine Grenzen.

SULZER® Technologie
 Know-how ohne Grenzen

K.117

LFSA

Kaufkraftsicherung durch vollen Teuerungsausgleich

Die Sekretärenkonferenz des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) befasste sich mit der bevorstehenden Herbstlohnrunde. Einigkeit bestand hinsichtlich der Erhaltung der Kaufkraft der Arbeitnehmereinkommen, dies aus gesamtwirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen auch in der heute wirtschaftlich schwierigen Zeit. Der LFSA verlangt deshalb den vollen Teuerungsausgleich.

Der LFSA bekennt sich zum Leistungsprinzip im Rahmen einer sozialen, ökologischen Marktwirtschaft. Deshalb sind zusätzlich auch Mittel für individuelle Lohnerhöhungen freizugeben. Mit dieser Massnahme sollen hauptsächlich niedrige Einkommen angehoben werden, da diese von der Rezession am härtesten betroffen sind. □

HIAB
 Wer einen hat,
 hat Vorsprung.



KRAN MOSER
 Telefon 01/734 48 44

KRAN MOSER AG Urdorf

Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern. Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz Annoncen AG, Grütstrasse 63, Postfach, 8704 Herrliberg. Telefon (01) 915 38 03, Fax (01) 915 34 10.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
 Jahresabonnement Fr. 20.–

EG/EFTA: zwei zu eins!

EWR-Befürworter eines Schweizer Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) behaupten immer wieder, EG und EWR müssten wir nicht miteinander verknüpfen, wenn wir am kommenden 6. Dezember über Unterzeichnung und Ratifizierung des EWR-Abkommens (EWR-A) zwischen EG und EFTA durch die Schweiz abstimmen.

Ich frage alle Schweizerinnen und Schweizer: «Müssen wir das wirklich nicht?» Aus der EWR-Dokumentation der Bundesbehörden (Integrationsbüro EDA/EVD), in welcher die EWR-Rechtsentscheidungsmechanismen und -Institutionen dargelegt werden, lese ich das Gegenteil heraus.

So heisst es:

«Die Institutionen im EWR (5. 2D). Resultat der Verhandlungen: Die EG wird die ... EFTA-Staaten bei der Ausarbeitung neuer für den EWR relevanter EG-Rechtsakte informieren und regelmässig konsultieren. Die EFTA-Staaten müssen danach einen gemeinsamen Entscheid fällen, ob sie die genannten Rechtsakte in den EWR übernehmen wollen. ... Die EFTA-Staaten werden aber nur bei der Entscheidungsfindung im Rahmen des EWR-Rates oder des EWR-Ausschusses mit einer Stimme sprechen.» Oder an anderer Stelle: «EWR-Rat (Art. 89-91 EWR-A) setzt sich aus je einem Regierungsmitglied jedes EFTA-Landes, den Mitgliedern des EG-Rates und aus Mitgliedern der EG-Kommission zusammen.»

Daraus ergibt sich nach meiner Meinung realpolitisch ein Entscheidungsblockverhältnis zwischen EG (EG-Mitgliedstaaten und EG-Kommission gleich zwei Blöcke) und EFTA (ein Block) von zwei zu eins. In der EFTA beherrscht also – realpolitisch gesehen – der EFTA-Minderheitsblock die Schweiz im Entscheidungsblockverhältnis von sechs zu eins!

Ich zitiere weiter: «EWR-Ausschuss (Art. 92-94 EWR-A) setzt sich aus Vertretern der Vertragsparteien zusammen.»

Daraus ergibt sich nach meiner Meinung realpolitisch ein Entscheidungsblockverhältnis zwischen den beiden EG-Ver-

handlungspartnern (EG-Mitgliedstaaten und EG-Kommission gleich zwei Blöcke) und dem EFTA-Verhandlungspartner (ein Block) von zwei zu eins. Auch hier beherrscht – realpolitisch gesehen – der EFTA-Minderheitsblock die Schweiz im Entscheidungsblockverhältnis von sechs zu eins.

Meine Grundsatzfrage: «Können wir Schweizerinnen und Schweizer – realpolitisch

gesehen – wirklich EG und EWR bei unserem Abstimmungsentscheid vom kommenden 6. Dezember noch auseinanderhalten? Ist unser EWR-Entscheid nicht schon praktisch ein Vorentscheid für einen späteren Beitritt der Schweiz zur allzu zentralistischen und machtbesessenen Kontinentalgrossmacht EG als Folge von EG-Rechts- und -Wirtschaftssachzwängen?»

Jörg Schawalder, St. Gallen

Wer Deregulierung will, sagt Ja zum EWR

Die Gegner des EWR-Vertrags und der EG zeichnen in ihrer Propaganda mit grossem Eifer das Zerrbild einer zentralistisch-bürokratischen EG. Solche Behauptungen werden allerdings durch ständige Wiederholung auch nicht richtiger.

Jeder nur einigermaßen unbefangene Beobachter muss nämlich zugeben, dass das stärkste Element im EG-Kräftefeld der Ministerrat ist und nicht etwa die Kommission. (Die Mitglieder werden denn auch von den nationalen Regierungen ernannt, und ein allzu forscher Kommissionspräsident riskiert, nicht bestätigt zu werden. Der Luxemburger Gaston Thorn könnte davon ein garstiges Liedlein singen.) Im Ministerrat sind nun aber die «Kleinen» klar übervertreten, ist doch das Quorum in allen Fällen, in denen keine Einstimmigkeit erforderlich ist, so hoch, dass die fünf grössten Staaten es allein nicht erreichen können. Nach dem heutigen Verteilschlüssel hätten wir übrigens im Ministerrat fünf Stimmen, also halb soviel wie Deutschland, das etwa zwölfmal soviel Einwohner wie unser Land zählt.

Im EG-Parlament sind die «Kleinen» dagegen schlechter vertreten. Es ist deshalb widersinnig, im gleichen Atemzug den Zentralismus und das angebliche Demokratiedefizit der EG zu beklagen. Man kann so-

gar sagen, dass die Schweiz keinerlei Interesse an der Aufwertung des EG-Parlaments hat, solange dieses nicht nach dem Vorbild der USA aus zwei gleichberechtigten Kammern besteht. Im übrigen sollte man vielleicht wieder einmal in Erinnerung rufen, dass zwischen der Demokratie und dem Föderalismus notwendigerweise eine gewisse Spannung besteht: der Föderalismus zieht nämlich eine Einschränkung des Prinzips «One man one vote» nach sich. Schliesslich ist auch das im europäischen Binnenmarkt weitgehend geltende Prinzip, wonach technische Normen des Ursprungslandes in allen Mitgliedstaaten anerkannt werden müssen («Cassis de Dijon») gerade nicht zentralistisch, da so der Wettbewerb auf die staatlichen Rahmenbedingungen ausgedehnt wird.

Wenn aber die Argumente der Isolationisten so offensichtlich fadenscheinig sind, stellt sich die Frage, ob sie vielleicht nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Gründe haben, den EWR abzulehnen, und auf dieser Spur wird man sehr rasch fündig. Die Schweizer Wirtschaft ist nämlich gekennzeichnet durch eine Zweiteilung zwischen exportorientierten Branchen, die sich auf den hochkompetitiven Weltmärkten behaupten müssen, und den stark regulierten Bin-

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

nenmärkten. Nun haben die zahllosen Regulierungen ja keine zusätzliche Wertschöpfung zur Folge, sondern führen nur zur Umverteilung von den Konsumenten zu den Anbietern der betreffenden Güter. Hier liegt nun auch der Hase im Pfeffer. Alle diese Regulierungen sind ja, trotz Einsicht in die volkswirtschaftliche Schädlichkeit von Staatseingriffen in den freien Markt, erlassen worden, um den betreffenden Sektoren Renten zukommen zu lassen – und darum bekämpfen die inlanderorientierten Branchen den EWR, der mit diesem Unsinn – weitgehend aufräumen würde, mit Zähnen und Klauen.

Wenn sich nun bürgerliche Isolationisten für eine Deregulierung in der Schweiz aussprechen, so sind das Lippenbekenntnisse, welche am Abend nach der EWR-Abstimmung vergessen sein werden, denn wer die Deregulierung will, kann auch zum EWR, der unserer Wirtschaft den diskriminierungsfreien Zugang zum europäischen Binnenmarkt sichert, Ja sagen. Die Europa-Debatte lässt sich also auf einen knappen Nenner bringen: Sollen wir die wettbewerbsfähigsten Zweige unserer Volkswirtschaft in ihrer Entwicklung behindern, damit im Inland überholte Strukturen erhalten bleiben?

Martin Knoepfel, Zürich

Mehr Dialoge

Herr Ruedi Andres, Mümliswil, macht im «Freisinn» Nr. 9 weitestgehend zutreffende Bemerkungen zur Art und Weise, wie unsere Parteiversammlungen ablaufen. Für das «einfache» Parteimitglied ist es höchstens noch auf Ortspartei-Ebene möglich, ein Wort mitzureden. Je weiter oben die organisierende Stelle angesiedelt ist, desto mehr läuft die Veranstaltung so ab, wie durch Ruedi Andres geschildert. Besonders wenig dialogfähig zeigt man sich auf der Stufe der schweizerischen Delegiertenversammlungen. Alles ist vorbestimmt, die Zeiten sind knapp bemessen, den Partekoryphäen müssen ihre Auftritte eingeräumt werden, die Züge nach Hause sind rechtzeitig zu erreichen...

Ein Blick auf die Traktandenliste z. B. der a. o. Delegiertenversammlung vom 17. Oktober 1992 zeigt, dass keine allgemeine Diskussion stattfindet. Es ist zuzugeben, dass Versuche, den Dialog in Gang zu bringen, schon stattgefunden haben. Anscheinend hat

das Ergebnis nicht befriedigt, was aber nicht bedeuten darf, dass man nun die Anstrengungen aufgibt.

Der Beitrag von Herrn Ruedi Andres ist deshalb zu begrüssen, und es ist auch zu hoffen, dass die Parteileitung die Anregung positiv aufnimmt. Die bürgerlichen Parteien brauchen vermehrt Kontakt zur Partebasis. Andernfalls verlieren sie Mitglieder und damit Gewicht. Aber nicht nur das, sie machen es kleinen extremistischen Parteien leichter, Unzufriedene in ihren Reihen zu sammeln. Das muss im Interesse des inneren Friedens der Schweiz vermieden werden.

Johannes Fischer, Stans

*

Danke für Ihre Anregung. Zu Ihrer Aussage, an der a. o. Delegiertenversammlung vom 17. Oktober 1992 sei keine Diskussion vorgesehen gewesen, sei jedoch bemerkt, dass von 13.30 bis 15.00 Uhr just eine solche von Anfang an geplant war.
Die Redaktion

LFSA

Mehr Solidarität mit Langzeitarbeitslosen

Die Sekretärenkonferenz des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) nahm mit Betroffenheit von den neusten Arbeitslosenzahlen Kenntnis. Auf Grund der aktuellen Wirtschaftslage ist zu befürchten, dass die Zahl der Arbeitslosen weiter ansteigen bzw. sich auf einem hohen Stand einpendeln wird. Der LFSA begrüsst und unterstützt die vom Biga vorgeschlagenen Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung, insbesondere die Erhöhung der ALV-Prämien auf zwei Prozent. Zusätzlich schlägt der Verband folgende Verbesserungen des Schutzes vor allem der Langzeitarbeitslosen vor:

- Verzicht auf die Taggelddegression, d. h. ein durchgehender, gleichbleibender Taggeldanspruch von achtzig Prozent des letzten Lohnes;
- Verlängerung der Bezugs-

dauer für Taggelder im Rahmen einer Revision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes von heute möglichen 300 auf 500 Taggelder;

- sofortige Realisierung des Projekts «Arbeitslosenhilfegesetz» in allen Kantonen mit weiteren 300 Taggeldern zu achtzig Prozent des letzten Taggeldes der Arbeitslosenversicherung.

Eine empfindliche Lücke gilt es beim Problem «Krankheit bei Arbeitslosigkeit» zu schliessen. Der Landesverband freier Schweizer Arbeitnehmer schlägt vor, die fünf Tage Wartefrist bei Krankheit abzuschaffen und eine obligatorische Verdienstausschlagversicherung ab dem 31. Tag für Arbeitslose einzuführen. Die Prämie soll je hälftig von der Arbeitslosenversicherung und vom Versicherten getragen werden. □

Fortsetzung von Seite 11

an die freisinnigen Frauen weitergeben.»

Noch ein Zitat: Der frühere CDU-Generalsekretär Geissler stellte fest, dass jede Frau eine Konkurrenz mehr für den Mann bedeute und daher auf Widerstand stosse. Teilen Sie diese Auffassung? Wie erleben Sie die Konkurrenz in Politik und Beruf?

Stéphanie Mörikofer-Zwez: «Die Aussage von CDU-Generalsekretär Geissler ist eine Binsenwahrheit. Wenn es um Macht und Einfluss geht, wird kein Mann und keine Frau freiwillig Platz machen, und wenn sich Frauen zusätzlich zu den Männern um eine nicht vermehrbare Zahl von einflussreichen Posten bewerben, sind Widerstände programmiert.

Konkurrenz, wie ich sie in Beruf und Politik immer wieder erlebt habe, ist aber nichts grundsätzlich Schlechtes. Die Teilnahme der Frauen in Bereichen, die früher Männern vorbehalten waren, erweitert die Auswahlmöglichkeiten und erhöht die Chancen, die richtigen Personen für jene Positionen zu finden, die wir als wichtig erachten. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Auswahl

nach sachlichen Kriterien erfolgt. Dies ist, bezogen auf die Frauen, noch nicht immer der Fall, und hier sind Verbesserungen nötig.»

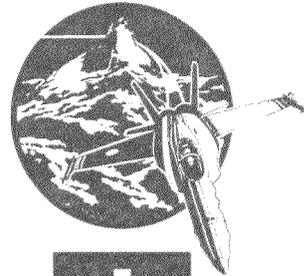
Was bedeutet Ihnen die politische Tätigkeit?

Stéphanie Mörikofer-Zwez: «Wer einmal mit dem Polit-Virus infiziert wurde, kommt wohl nie wieder ganz davon los. Ich bin in einer politisch interessierten Familie aufgewachsen, und Politik war für mich immer ein Teil meines Lebens. Fasziniert an der Politik haben mich immer die Gestaltungsmöglichkeiten, die Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Bestehenden.

Fasziniert hat mich aber auch immer die Vielfältigkeit der politischen Arbeit. Allzu starke Spezialisierung ist mir zuwider, und die Politik hat mir immer die Möglichkeit gegeben, neben meinem Beruf, den ich ohne Spezialisierung nicht ausüben könnte, weitere interessante und anspruchsvolle Problembereiche kennenzulernen.

Nun stehe ich vor der Möglichkeit, Politik zu meinem Beruf zu machen. Ich würde meine jetzige Tätigkeit sicher mit einem weinenden Auge verlassen, aber ich gestehe gerne, dass mich der Sprung ins Neue lockt.» □

F/A-18C HORNET FOR SWITZERLAND



T-Shirt: HORNET FOR SWITZERLAND

Superqualität (Switcher)
weiter Schnitt
3farbig
(blau, rot, silber)
T-Shirt: weiss

Spruch auf Rücken:

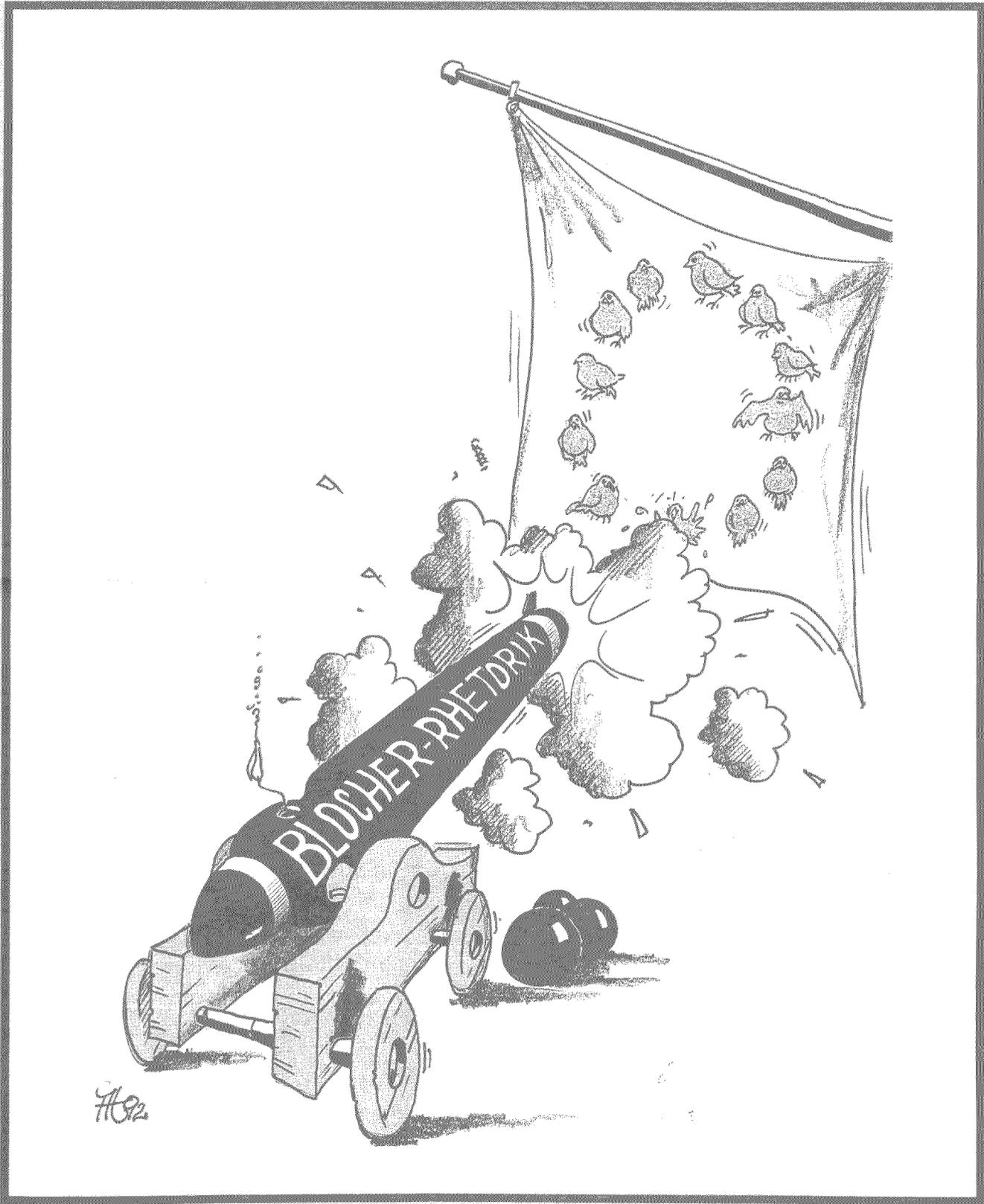
**EIN NOTWENDIGER SCHUTZ FÜR DAS HERZ
EUROPAS**

Preis: Fr. 20 (+Versandkosten)

Bestelladresse:

Studentenforum für Politik, Wirtschaft & Gesellschaft
Postfach 948, 9001 St. Gallen

Grösse: L oder XL



Möllemann: «Schweiz wäre bei den grossen Gewinnern»

Die Schweiz und der am 6. Dezember dieses Jahres anstehende Volksentscheid über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sind gerade in Deutschland ein aktuelles Thema. So auch am FDP-Bundesparteitag vom 2./3. Oktober in Bremen. Unter der Leitung von Rolf Lüscher (Frauenfeld) überbrachte eine fünfköpfige Gruppe Freisinniger aus dem Thurgau und St. Gallen die Grüsse der FDP Schweiz. Zum Thema EWR sprachen sie auch mit dem deutschen Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann.

Christian Köpfer

Was bei der gegenwärtig vorherrschenden Wirtschaftsflaute bei vielen Eidgenossen etwas in den Hintergrund gerückt ist, ist die Tatsache, dass im Ausland die Schweiz nach wie vor als starke Wirtschaftskraft gilt und entsprechendes Ansehen geniesst. Für den deutschen Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann ist denn auch klar, dass die Schweiz mit ihrer Wirtschafts- und vor allem ihrer Exportstärke erheblichen Nutzen aus einem EWR-Beitritt ziehen würde. Möllemann: «Die Schweiz wäre sicher bei den grossen Gewinnern.» Die Integration in den EWR, der einen Markt von 380 Millionen Leuten und eine beachtliche Kaufkraft repräsentiere, lasse die Schweiz nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch in politischer Hinsicht zum Nutzniesser werden.

«Idealtypische Schweiz»

Auf den Punkt bringt es der deutsche Wirtschaftsminister während seines Gesprächs mit Vertretern der FDP Thurgau: «Die Schweiz wäre idealtypisch geeignet für einen EWR-Beitritt. Denn sie trägt alle Merkmale einer leistungsstarken, demokratischen Nation mit einer klaren europäischen Orientierung. Aus deutscher Sicht kann ich festhalten, wir würden uns freuen, wenn sich die Schweizer Stimmbürger im Dezember für den

EWR-Beitritt entscheiden können.»

Auch eine Reihe weiterer namhafter deutscher FDP-Politiker sehen in der Schweiz einen EWR-Wunschpartner. Dabei ist man sich aber auch bewusst, dass die Schweizer Stimmbürgerschaft hierzu das entscheidende Wort zu sprechen hat. So hält auch der

Vizepräsident der EG-Kommission, Dr. Martin Bangemann, fest: «Ein Nein der Schweiz würden wir bedauern, aber natürlich akzeptieren.» Bangemann befürchtet allerdings im Falle eines negativen Entscheides wirtschaftliche Nachteile für die Schweiz, insbesondere einen Attraktivitätsverlust für Investitionen.

Mit «Waschmittelwerbung» aufhören

Bemerkenswert am FDP-Bundesparteitag in Bremen waren aber auch die unmissverständlichen Ausführungen des Parteivorsitzenden Graf Lambsdorff, der in Sachen Europa und namentlich des Problemkreises Maastrichter Verträge den deutschen Delegierten ins Gewissen redete: «Hören wir doch auf mit dieser Waschmittelwerbung für Europa, die

ja nicht glaubhafter wird, wie mehr wir sie schön reden.»

Sinnreiche Worte auch aus Schweizer Sicht, wo jetzt im Abstimmungskampf von Über-eifrigen die Folgen eines EWR-Volksneins «dunkelschwarz» gemalt und jene einer Zustimmung – waschmittelwerbe-mässig – «weisser als weiss» gepriesen werden. Glaubhaftigkeit ist seitens der Stimmbürger gefragt.

Lambsdorff vor den Parteitagdelegierten: «Wir können Europa nur zusammen und im Einvernehmen mit den Bürgern machen.» Und: «Wir müssen den Abstand zwischen Wählern und Gewählten verringern.» Aus Schweizer Sicht dazu gedacht: Ersteres ist bei uns ohnehin klar gegeben, und letzteres wäre auch vielfach unseren Gewählten zu empfehlen. □



«Die Schweiz wäre idealtypisch geeignet für einen EWR-Beitritt», hält der deutsche Bundesminister für Wirtschaft, Jürgen Möllemann (rechts), im Interview mit Christian Köpfer (FDP Thurgau) in Bremen fest. (Photo Rolf Lüscher)